

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Dienstag, 4. März 1924.

Nr. 54.

Der 4. März.

Die deutsche Arbeiterchaft dieses Staates feiert heute einen traurigen Gedenktag. Traurig, denn er weckt die Erinnerung an blutige Opfer des Kampfes um die politische und kulturelle Freiheit, an zahlreiche vernichtete Menschenleben. Es jährt sich heute zum fünften Male der Tag, da eine von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ganzen Republik angelegte Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht in einer Reihe von Städten und Orten mit der Niederknallung eines jeden Hundert von Menschen abschloß, die nichts anderes verdrosen hatten, als für das im Kriege von den Siegerstaaten, zu denen auch die Tschechoslowakei gehört, verkündete und feierlich zugedragte politische und nationale Recht aller Völker friedlich zu demonstrieren. Der Tag wird bei der deutschen Arbeiterchaft unvergessen bleiben wie die armen Opfer selbst, auch wenn, wie manche übereifrige und nicht gerade berufsmäßige Staatskrieger verlangen, die Regierung möge mit allen Mitteln der Staatsgewalt, mit Zensur und Polizei, jede Äußerung des Gedenkens an die Getöteten des 4. März 1919 mit Stumpf und Stiel austrotten, da, wie sie lügen, die Feiern dieses Gedenktages die Gefühle des tschechischen Volkes beleidigt. Darin liegt der Versuch, das tschechische Volk schlechthin an den damaligen Ereignissen schuldig und mitverantwortlich erscheinen zu lassen; ein Unterfangen, das zu begehren, unns ferneliegt. Das tschechische Volk als Gesamtbegriff hat damit nichts zu tun und wir würden sogar ungerecht sein, wollten wir nicht glauben, es hätte auch unter den tschechischen Machthabern Vernünftiger gegeben, nach deren Sinn das Gemebel vom 4. März durchaus nicht war. Das tschechische Volk hat ebenso seine Märtyrer wie es hier bei der deutschen Arbeiterchaft der Fall ist, und es braucht in der Ehrung dieser Gefallenen keine Geschäftigkeit gegen sich zu erblicken. Mit brutaler Gewalt das Andenken für die teuren Toten austrotten zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen; es würde dadurch erst recht Verbitterung und Haß gefäht werden und unter der Oberfläche um so heißer und glühender das Fortleben, was äußerlich auszutreten gesucht wurde.

Wie immer daher die gegenwärtig Herrschenden der Gedenkfeier des blutigen 4. März sich gegenüber verhalten mögen, nichts kann die deutsche sozialdemokratische Arbeiterchaft dazu zwingen, das Andenken, die Liebe, die Verehrung für die Proletarier, die vor fünf Jahren Opfer eines Systems und Geistes wurden, des Systems der Unbulsamkeit und des Geistes der Gewalt, aus ihrem Herzen zu reißen. Wofür die Volksmassen am 4. März 1921 in den Straßen der Städte der deutschen Gebiete der Republik demonstrieren, ist auch heute noch lebendiges Gemeingut der deutschen sozialistischen Arbeiterchaft, die es seit jeher als ihre geschichtliche Mission erkannt hat, neben dem Kampfe für ihre ökonomische Freiheit, auch den Kampf für die politische Freiheit und die nationale Gleichheit zu führen. Wer will nicht verstehen, daß dies in den Stimmungen des Volkes vor fünf Jahren, wenige Monate nach dem Umsturz, nach einem fürchterlichen Kriege, der ihm namenlose Opfer auferlegt hatte, und nach der Verkündigung der 14 Punkte Wilsons, die von den Siegerstaaten feierlich angenommen worden waren, noch viel härter der Fall war, und daß in allen, für die Freiheit schlagenden Herzen nach der Verweisung aus dem altösterreichischen Kerker die Hoffnung loderte, es werde nun kein Staat mehr möglich sein, in dem es Herrscher und Beherrschte, bevorzugte und zurückgesetzte Völker geben werde. Jahrzehntelang haben wir auf dem schleimigen, sumpfigen Boden Oesterreichs unseren Kampf für den politischen und sozialen Aufstieg des Proletariats geführt, immer stand uns das ungelöste nationale Problem als schwerstes Hindernis im Wege, das die Nationen in tödlichem Haß einander gegenüberstehen ließ, das jeden Fortschritt lähmte, den Klassenkampf hinderte und das schließlich

Der Prozeß gegen Hitler und Genossen

Kahr, der Verbündete aus dem Bürgerbräu als Anstifter des Münchner Blutbades

München, 3. März. (Eigenbericht.) Der heutige Tag des Hitlerprozesses brachte die Beendigung der Vernehmung der Angeklagten. Die Verteidigung geht immer schärfer gegen den Generalstaatskommissar vor; in der Voruntersuchung beantragte Rechtsanwält Rohl als Vertreter des Angeklagten Brückner nichts weniger als die sofortige Verhaftung von Kahr, Lössow und Seisser, weil sie allein an dem Blutbad vor der Feldherrnhalle schuld seien. Es wäre erwiesen, bezw. würde durch weitere Zeugenaussagen noch erhärtet werden, daß Kahr aus bestimmten Gründen das Blutbad bewußt herbeiführt habe.

Nachmittags befandete der letzte Angeklagte, Oberleutnant Fried, daß er in der Putschnacht gegen halb zwölf Uhr mit Pöhner zusammen bei Kahr gewesen sei. Kahr sei sehr lebenswürdig gewesen und habe ihnen erklärt, er habe an alle bayerischen Regierungsstellen einen Rundfunkspruch gerichtet, daß er die Regierungsgewalt als Statthalter fest in der Hand habe. Daraus geht erneut hervor, daß Kahr auch in der Nacht seine Mitverschworenen über seinen dann später vollzogenen Umsturz nicht unterrichtet hat. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet; morgen beginnt dann der Zeugenaufruf.

München, 3. März. Die heutige Voruntersuchung begann mit einer Reihe von Feststellungen der Verteidiger. Wichtig davon sind nur die Ausführungen des Justizrates Rohl über die Schuld des am 8. November bei der Revolution erfolgten Zusammenstoßes mit der Landespolizei, wobei es zwanzig Tote gab. Auf Grund der Dienstvorschrift der Landespolizei stellte der Verteidiger fest, daß die Leitung der Polizei verpflichtet gewesen wäre, vor Eröffnung des Feuerlichtbaren Warnungstafeln aufzuzeigen. Da sie dies unterlassen hat, trifft ausschließlich sie die Schuld an dem Zusammenstoß, insbesondere den Kommandeur dieser Abteilung, den Oberleutnant Godin. Die indirekte Schuld treffe die Herren von Kahr, Lössow und Seisser, so daß diese vier Benannten längst wegen Mordes verhaftet sein müßten. Weiter stellte Rohl den Antrag, daß die Mitglieder des gesamten Ministeriums Kelling als Zeugen vernommen werden, weil seinerzeit dieser gegenüber Kahr den Ausspruch getan habe, in kürzester Frist müßte in Berlin ein nationales Direktorium ein-

gesetzt werden, entweder auf normalem oder abnormalem Wege. Ferner beantragte Rohl die Ladung des Vorsitzenden der bayerischen Volkspartei, Geheimrates Dr. Feld, der Aufschluß geben soll über die merkwürdige Vergeßlichkeit des Herrn von Kahr. Ebenso die Ladung Escherichs, der darüber aussagen soll, daß Kahr bei der Auslösung der Einwohnerwehr eine durchaus zwiespältige Haltung eingenommen habe.

Hierauf begann die Einvernehmung des achten Angeklagten, des Leutnants Wagner, der Anführer der am 8. November meuternden Infanterieschule war. Er schildert seinen Kampf gegen die „rote Gefahr“, wonach er die Sozialdemokratie meint. Er habe „schlimme“ Erfahrungen mit der Sozialdemokratie gemacht, so daß er als Reichswehrleutnant seine Soldaten immer erzogen habe in dem Grundsatz: Eine Befreiung Deutschlands ist nicht möglich, so lange es noch Sozialdemokraten in Deutschland gibt. . . . Wagner schildert die zwei Bewegungen in der Reichswehr: die nationale, wie sie hauptsächlich in der bayerischen Reichswehr zum Ausdruck kommt, und die republikanisch-internationale, zu der sich große Teile der übrigen Reichswehr bekennen. Die weiteren Ausführungen des Angeklagten belasten insbesondere den General Lössow; Lössow habe den Infanterieschülern befohlen, die Hitlerveranstaltungen zu besuchen; weiter wurde einmal den Infanterieschülern ein Befehl Lössows verlesen, in dem es hieß, der Tag der schwarz-weiß-roten Revolution stünde nahe bevor, die Schüler sollten sich noch etwas gedulden.

Als der Angeklagte mit der Schilderung der Vorgänge in der Infanterieschule beginnen wollte, beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschloß dann auch, für diesen Teil der Vernehmung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der heutige Nachmittag war mit der Vernehmung der letzten beiden Angeklagten Bernet, dem Stiefsohne Ludendorffs, und dem Polizeioberamtmann Fried ausgefüllt.

Bernet war bis zum April 1923 Leutnant der norddeutschen Reichswehr, quittierte dann aber seinen Dienst und übersiedelte zu seinem Vater nach München. Hier war er in einer Bank tätig und trat im September der nationalsozialistischen Partei bei. Jrgend welche Funktionen hatte er dort nicht inne. Auch sonst ging aus seiner Ver-

nehmung hervor, daß er sich an dem Staatsstreich vom 8. November nicht in nennenswerter Weise beteiligte. Falls die Zeugen keine neuen Angaben machen, so wird der Staatsanwalt die Anklage auf Beihilfe zum Hochverrat wahrscheinlich zurückziehen.

Die Vernehmung Frieds, der bei dem Putsch das Amt des neuen Polizeipräsidenten erhielt, brachte verschiedene interessante Momente. Fried war Oberamtmann in der Polizeidirektion München und als solcher arbeitete er mit Pöhner, während dessen Amtszeit als Polizeipräsident, zusammen. Der Angeklagte schilderte, wie er und Pöhner in den Jahren 1920 bis 1921 die nationalsozialistische Partei und Hitler gegen das Eingreifen des damals herrschenden Ausnahmezustandes geschützt und die nationalsozialistische Propaganda in jeder Weise erleichtert haben. Dies alles geschah unter der Ministerpräsidentenschaft Kahr's. Als aber im Dezember 1921 Graf Lerchenfeld und Schwegler aus Mader kamen, war es mit diesen Begünstigungen zu Ende. Pöhner und Fried nahmen beide Abschied von ihrem Amt. Fried schildert nun seine Tätigkeit als Leiter des Sicherheitsdienstes der Münchner Polizeidirektion; er habe den Ueberfall auf die Versammlung Kahr am 8. November nicht hintanhalten können, weil er zu wenig Polizeikräfte bereitgestellt hatte. Spät abends erfuhr Fried von Pöhner seine Ernennung zum Polizeipräsidenten. Er nimmt diesen Posten auch sofort an und nimmt als Polizeipräsident verschiedene Anisandlungen vor, bis er endlich, kurz nach drei Uhr nachts, im Gebäude des Polizeipräsidenten selbst verhaftet wird. An die Vernehmung Frieds schloß der Vorsitzende eine Reihe von Vorhalten, die Fried vollständig ungenügend beantwortete. Er vermag die gegen ihn vorliegenden Beschuldigungen in keiner Weise zu entkräften und macht lediglich verschiedene Versuche, sich von der Schuld reinzuwaschen. Dies veranlaßt den Vorsitzenden zu einer schärferen Führung der Verhandlung als man es bisher gewöhnt war.

Passie muß gestürzt werden.

Belgrad, 3. März. Wie aus Agrat gemeldet wird, hielten die Abgeordneten der kroatisch-republikanischen Partei gestern eine Versammlung ab, in welcher der Vizepräsident der Partei, Wacek, den Antrag des Parteiführers Radic mitteilte, daß sich die für den Sturz des Kabinettes Passie erforderliche Anzahl von kroatischen Abgeordneten in das Parlament begeben solle. Der Antrag wurde angenommen. Durch diesen Beschluß erscheint wieder das Programm noch die bisherige Taktik der kroatisch-republikanischen Bauernpartei berührt.

zum Zusammenbruch des Staatswesens führte. Der Gedanke schien unsäffbar, daß der alte Jammer in dem neuen, im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes, der Demokratie, der Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten Staate sich wieder einnistet, wieder der sozialen und kulturellen Entwicklung dauernd ein Hemmschuh sein sollte. Unmittelbar nach dem Umsturz, als die Angliederung Deutschböhmens noch nicht vollzogen war, weitestehenden führende tschechische Politiker in Verheißungen über das große Maß von Recht, dessen die Angehörigen aller Nationen in dem neuen Staatswesen teilhaftig werden würden, der zu einem Staat wahrer Demokratie und des brüderlichen Zusammenschlusses aller Nationen, mit einem Wort: zu einer noch wesentlich verbesserten Schweiz gemacht werden sollte. Wir haben oft von tschechischen Politikern genugtuend die Tatsache rühmen hören, daß der Umsturz sich ebenso wie die Einverleibung der deutschen Gebiete unblutig vollzogen hat, daß sich kein Widerstand fand, und daß der junge tschechoslowakische Staat ohne Blutvergießen aus der Taufe gehoben werden konnte. Sie vergessen dabei anzuführen, daß das Verdienst dafür die Disziplin, der Besonnenheit und Mäßigung der großen Masse der deutschen Bevölkerung zu danken ist. Die deutschen Nationalisten waren eingeschüchtert durch den für das deutsche Volk so katastrophalen Ausgang des Weltkrieges, an dem sie mitschuldig waren, und hatten sich verkrochen, die übrige deutsche Bevölkerung hatte im Vertrauen auf die vermeintlich zur Herrschaft gelangte Demokratie des tschechischen Volkes und im Glauben auf die gemachten

Versprechungen auf Schaffung eines wirklichen nationalen Rechtsstaates sich ruhig in das ihnen zuteil gewordene neue staatliche Schicksal gefügt. Doch die Erwartungen haben getrogen, von allen Verheißungen ist nicht eine erfüllt worden, und so bilden die fünf Jahre des Bestandes des Staates eine Kette von bitteren Enttäuschungen, hervorgerufen durch den Gewaltgeist, der bei den Herrschenden fast über Nacht den Gedanken der Demokratie, das Ideal der Gleichberechtigung gewichen war. Das Zusammenleben der Völker im Staate ist heute ein ebenso ungelöstes Problem, wie es in Oesterreich der Fall war. Der Geist der damals an der Macht befindlichen Klasse ist restlos auf die neuen Gewaltthaber übergegangen.

Auch die Bluttaufe, die beim Umsturz glücklicherweise ausgeblieben war, stellte sich ein, und es war jener verhängnisvolle 4. März des Jahres 1921, der sie brachte. Wahrlich nicht durch die Schuld der friedlichen Demonstranten, die unbewaffnet waren und die keinerlei Gewalttätigkeiten verübten. Es ist eine freche Verunglimpfung der Toten, wenn Herr Moriz Bloch, der deutsche Hausjude der tschechischen Regierung es in der von ihm redigierten „Tschechoslowakischen Korrespondenz“ unternimmt, die Schuld an jenen traurigen Vorfällen auf die Demonstranten zu schieben, die — der dreiste Schmonä nennt sie „Erzedenten“ — gegen die Soldaten zuerst geschossen hätten. Dabei schmätzt Moriz Bloch auch das Andenken Josef Seligers, der kurz vorher — man denke! — eine aufreizende Rede gehalten habe, wobei dem Bloch das Maß über passierte, Seliger habe damals in der „Freiheit“ und

in „Sozialdemokrat“ umstürzlerische Artikel gebracht, obwohl bekanntlich der „Sozialdemokrat“ erst zweieinhalb Jahre nach den blutigen Märzereignissen gegründet wurde. Trotz dieser Lügen des Bloch, der berufen ist, der Hechpresse der Gewaltthaber den Ton anzugeben, steht die Tatsache fest, daß die Massen für das Selbstbestimmungsrecht ernst und entschlossen, aber durchaus ohne alle Ausschreitungen demonstrieren. Aber eben weil es das Selbstbestimmungsrecht war, für das sie demonstrieren, hat es zu der Schiezerei geführt. Sie mag von oben nicht kommandiert, die Gewehre vielleicht „von selbst“ losgegangen sein, aber vorher war durch Monate von der tschechischen Hechpresse jede Forderung nach Gleichberechtigung aller Bürger im Staate als Hochverrat und Treubrereitnis verächtigt worden. In der Atmosphäre des Hasses entluden sich dann die Flinten spielend leicht.

Wir gedenken heute der Toten des 4. März, die Proletarier und meistens Angehörige unserer Partei waren, in Liebe und Verehrung. Sie fielen für eine Idee, für die große Idee der Demokratie und der Freiheit. Indem wir dieser unserer Gefallenen gedenken, wollen wir nichts gemein haben mit den deutschen Nationalisten, welche die Opfer des 4. März nationalstisch auszuschrotten suchen. Sie, die die Demokratie im Zeichen des Hakenkreuzes mit Füßen treten, die die Freiheit in der Freiheit der Ausbeutung erblicken, sie können und dürfen nicht an unserer Seite an die heiligen Gräber der Toten treten. Ihr Gedenken sei reingehalten. Ihr Vermächtnis sei in Ehren für alle Zeiten bewahrt!

Wie kann die Bautätigkeit belebt werden?

Von Ingenieur Paul Frei (Währ.-Ostau).

Obwohl man mit allen Ausführungen des Verfassers nicht einverstanden sein muß, kommt derselbe, der vom Standpunkte des Baufachmannes spricht, zu ähnlichen Vorschlägen, wie sie die sozialdemokratische Wiener Gemeindevorwaltung durchgeführt hat. D. Red.

Während der letzten drei Jahre stand bei uns das „Gesetz über die Baubewegung“ in Kraft, welches der Hauptfache nach private Wohnungs- und Kleingewerbebauten in der Weise förderte, daß der Staat durch Übernahme der Zinszahlung und der Tilgung es dem Bauwerber ermöglichte, den größten Teil der Baukosten ohne eigenes Risiko durch Hypothekendarlehen zu beschaffen. In drei Jahre sollen gemäß den beiden erfolgten Meldungen über die Novellierung des Gesetzes die staatliche Beitragsleistung und die Zahl der Unterstützungsfälle aus begrifflichen finanziellen Gründen derart herabgesetzt werden, daß man nicht mehr von einer Uebergangsmassnahme sprechen kann, sondern nur von einem unerwarteten Abreißer, das ein Vakuum nach sich ziehen muß.

Das Gesetz hat erfreulicherweise viele Tausende von Wohnungsbauten in der Republik geschaffen, konnte aber innerhalb so kurzer Wirkungsdauer noch keine ausreichende Entspannung des Wohnungsmarktes bewirken, so daß nach wie vor die Nachfrage das Angebot weit überschreitet. Seine Handhabung mußte bei der Masse an einer Stelle zusammenströmender Gesuche eine bürokratische sein; dabei waren die Arbeiten, welche jeder einzelne Bauwerber der Krediterlangung, der Beschaffung geeigneter Pläne und der Durchsetzung des Unterstützungsgesuches widmen mußte, ebenso wie sein Zeitverlust, unverhältnismäßig groß. Auch jetzt, nach seinem Ablauf, wird das Gesetz noch einer Generation zu tun geben und manche Arbeitszeit verbrauchen, sowohl bei der Lebensdauerhaltung der neu entstandenen Baugenossenschaften als auch auf Seite der staatlichen Organe, welche mit der Zinsentilgung und der Ueberwachung der aus den Häusern fließenden Reinerträge betraut sein werden.

Während seiner Wirksamkeit sind die Baukosten, entsprechend dem Steigen unserer Krone, von zirka sechzehnmal bis auf etwa neunfache Vorkriegssätze gefallen, so daß nunmehr ein gewisses, besonders schwieriges Uebergangsstadium überwunden zu sein scheint. Trotzdem wäre es aber ein grundlegendes Fretum, zu glauben, daß schon in der nächsten Zukunft die Baukosten wesentlich so stark abnehmen werden, daß sie ohne künstliche Zusatzmaßnahmen mit den, nach den Wünschen der Mieter nur wenig zu erhöhenden Mietzinsen in eine befriedigende Relation gebracht werden könnten. Denn mit der Stabilisierung unserer Krone und der Anpassung der ganzen Volkswirtschaft an diese Tatsache, muß die weitere Preisentfaltung eine Grenze finden. Darum ist auf eine Wahrung des Privatbaubetriebes lediglich durch den Ansporn der Ertragsmöglichkeit in der nächsten Zeit noch nicht zu rechnen.

Von Seiten der Hausbesitzer wird zwar oft behauptet, daß die private Bautätigkeit sofort wieder voll einsetzen würde, wenn die Beschränkungen des Mieterschutzgesetzes abgeschafft und die Zinsbemessung freigegeben würde, weil ja erhöhter Ertrag die Neubauten rentabel gestalten würde. Diese Meinung ist aber recht leichtfertig. Die augenblickliche Wohnungsmangel ist nämlich nicht allein ein Ergebnis unzureichender Bautätigkeit, sondern geht auch darauf zurück, daß infolge der relativen Billigkeit der Mietzins von allen Bevölkerungsklassen mehr Wohnraum in Anspruch genommen wird als vor dem Kriege. So wie ein Gas, das bei niedrigem Druck ein größeres Volumen einnimmt, sich zusammenpressen

läßt, wenn man es unter höheren Druck bringt, so würde sich die Bevölkerung unter dem Druck einer schawen allgemeinen Mietzinssteigerung — zumindest in der ersten Zeit — unter Außerachtlassung der hygienischen Bedingungen in der Weise zusammendrängen, daß mehr Untermieter aufgenommen werden, vermehrte Familien in gemeinsame Wohnungen ziehen und aufgelassene Massenquartiere wieder entstehen. Infolgedessen würde mancher Raum leer werden, es entstünde wieder ein gewisses Angebot an Wohnungen und die Mietzins könnten sich nach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht auf der heutigen Baukosten entsprechenden Höhe halten, sondern würden auf einem mittleren Niveau ihren Gleichgewichtszustand finden. Sagen wir also, um nur einige — freilich willkürliche — Zahlen anzugeben, sie würden statt, wie es momentan für die Rentabilität von Privatbauten nötig wäre, auf den achtsfachen Friedensfuß zu steigen, schon beim vier- oder fünffachen Vorkriegsfuß, welche zur Amortisation des zu investierenden Kapitals einen achtfachen Vorkriegszins benötigen, fänden somit noch immer nicht ihre Rechnung und würden weiterhin nach Staatsunterstützung rufen.

Auf diese Art würde erst recht ein Zustand geschaffen werden, in dem die auf natürlichste Weise Beschäftigung und Verdienst bringende Wohnungsbautätigkeit in Lösung geriete und die sozialhygienischen Aufgaben der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, besonders der ärmeren Klassen, zurückgedrängt wären. Und, um einen solchen, gewiß unbefriedigenden Ablauf herbeizuführen, müßte ein großer Teil der Bevölkerung — nämlich alle Mieter — ein bedeutendes Geldopfer bringen, das von den Hausbesitzern und der Hauszinssteuer eingezogen würde, ohne der Bautätigkeit nennenswert aufzuhelfen! Hält man nichtbedenklicher an der Behebung dieser und an der Schaffung von Wohnraum als Ziel der Steigerungsbewehrung fest, so wäre der schließlich vorgeschundene Nutzeffekt der denkbar schlechteste.

Die Schwierigkeiten der Situation dürften sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur durch ein Mittel in ökonomischer Weise bewältigen lassen und das ist: durch eine klug bemessene und richtig gehandhabte Wohnbausteuer.

Diese Maßnahme ist eine allgemeine soziale und kann von jeder Partei gebilligt werden. Wer zu einer Zeit stabiler Preise auf Grund des Mieterschutzgesetzes eine Wohnung für einen Mietzins innehat, der (nach Abzug der Erhaltungskosten und Steuern), kapitalisiert, nicht zur Neuschaffung eines gleichartigen Wohnraumes ausreicht, muß sich darüber klar sein, daß er — volkswirtschaftlich betrachtet — zu billig wohnt. Das ergibt sich — weit ab von der heutigen kapitalistischen Denkungsart — aus einer einfachen naturalwirtschaftlichen Ueberlegung; denn wenn jeder einzelne sein Haus selbst bauen würde, so müßte er hiezu mindestens die dem Umfange des Hauses entsprechende gesellschaftliche Arbeit leisten — und diese Beziehung bleibt, sinngemäß verändert, auch dann erhalten, wenn es sich um Millionen von Menschen handelt, die in irgend einer Wirtschaftsform arbeitsteilig schaffen.

Wenn nun hier gesagt wird, daß jemand volkswirtschaftlich zu billig wohnt, so ist damit keinesfalls gemeint, daß er dem Hausbesitzer, der in der Vorkriegszeit unter anderen geldwirtschaftlichen Verhältnissen ein Wohnhaus gebaut oder gekauft hat, die Differenz wie eine Schuld abführen sollte. Denn die Frage nach der Valorisierung einer in Vorkriegszeit gemachten Kapitalanlage läßt sich theoretisch kaum beantworten und pflegt in der Praxis fallweise, entsprechend den jeweiligen Marktverhältnissen, durch mehr gefühlsmäßig motivierte Kompromisse entschieden zu werden.

Unser Mieter braucht also kein soziales Bewußtsein nicht so sehr mit dem Los des verarmten Hausbesitzers zu belasten, als vielmehr mit dem jenes wohnungsbedürftigen Mitbürgers, der keine

durch das Mieterschutzgesetz gesicherte Wohnung innerhat und infolge der Wohnungsnot entweder überhaupt kein ordentliches Heim besitzt, oder ein solches mit Wucherpreisen bezahlen muß. Er muß sich sagen, daß die Wohltat des Mieterschutzgesetzes allen Bürgern gleichmäßig zugute kommen soll, einerlei ob jemand eben eine Wohnung besitzt oder nicht, und daß daher jeder, der die Vorteile des Gesetzes gerade genießt, aus sozialen Gründen einen Teil des Vorteiles abzugeben muß, um auch die bisher Ruhestehenden zu beteiligen, das heißt, daß er zum Baue neuer Wohnungen finanziell solange angemessen beitragen muß, bis das Wohnungsangebot die Nachfrage überschreitet und die Freigängigkeit hergestellt ist.

Die Verwirklichung dieses sozialen, naturalwirtschaftlich fundierten Planes kann durch eine Wohnbausteuer erreicht werden. Zahlungspflichtig ist hierbei jeder, der als Mieter dank des Mieterschutzgesetzes seine Wohnung für den in üblicher Art mäßig erhöhten Vorkriegszins innehat. Somit sind Bewohner von Eigenhäusern ausgenommen und muß auch für die Leistungen der Mieter an Zins und Steuer zusammen eine obere Grenze angelegt werden. Wer also durch die Nachkriegsverhältnisse genötigt war, auf Grund von Sondervereinbarungen einen außerordentlichen, höheren Mietzins anzuerkennen, unterliegt der Wohnbausteuer nur bis zur angegebenen Grenze und ist ganz befreit, wenn seine regelmäßige Zinsbelastung von vorher ein größer ist.

Die Höhe der Steuer kann nach dem Gesichtspunkte berechnet werden, daß jährlich soviel wie ein Fünftel der vorhandenen Mietwohnungen zu wachsen soll. Sollte der Aufwand hierfür unmittelbar auf der eingenommenen Steuer gedeckt werden, so würde sich diese mit etwas weniger als dem zehnfachen Vorkriegszins ergeben. Da aber jedes neuerbaute Haus durch den eigenen Zinsbetrag wenigstens ein Drittel seiner Herstellungskosten amortisieren kann, würde mit dem einundrittelfachen Vorkriegszins das Auslangen gefunden werden.

Die Steuer wird von staatswegen bemessen, eingehoben und den Gemeinden abgeführt, welche sie sofort Wohnbauzwecken zuzuführen haben. Diese können ihre Bauprojekte entweder in ihren eigenen Bauämtern anfertigen lassen oder durch befähigte autorisierte Ziviltechniker, gegebenenfalls auch durch Wettbewerbe beschaffen. Die Bauarbeiten sind nach den Grundrissen für die Vergabung staatlicher Lieferungen an Unternehmer zu übertragen. Daß bei diesen Bauten auf praktische und hygienische Maßnahmen entsprechend Rücksicht genommen werden muß, ist selbstverständlich. Dem Staat obliegt nur die finanzielle Kontrolle über die richtige Verwendung der Gelder und bis zu einem gewissen Grade auch eine technische Überwachung. Viel staatliches Personal wird für diese bloß inspizierende Tätigkeit nicht benötigt werden. Was aber die eigentlichen Bauarbeiten anlangt, so können diese, falls die vorhandenen Gewerbebauamtsorgane hierfür nicht ausreichen, an erfahrene Zivilingenieure vergeben werden, deren Honorar aus dem Baufonde gedeckt wird. Ebenso kann die Verwaltung der fertigen Gebäude vertrauenswürdigem, berufsmäßigem Hausverwaltern übertragen werden, so daß Neueinstellung von Beamten unnötig wird.

In den auf Grund der Wohnbausteuer neu errichteten Häusern wird sowohl an Mietzins eingehoben, als in gleichwertigen älteren Häusern an Zins und Wohnbausteuer zusammen zu zahlen ist. Dieser unter Steuerfreiheit erzielte Ertrag kann eine Hypothek von wenigstens ein Drittel der Herstellungskosten rasch amortisieren, so daß jede Gemeinde schon bei Baubeginn einen Baufreid in dieser Höhe aufnehmen kann, um von Anfang an die Arbeit voll anzugreifen. Ihn könnte sich bei den ersten Bauten kurzfristige Darlehen anschließen, damit mit der Eröffnung der vollen Tätigkeit nicht erst auf die allmählich erfolgenden Steuererträge gewartet werden muß.

Die vorgeschlagene Abgabe kann — wenn es gewünscht werden sollte — deutlich als Uebergangsmassnahme gekennzeichnet werden, indem sie von vornherein mit Bestimmungen zu ihrem Abbau verbunden wird. Wenn nämlich die Baukosten in der Zukunft fallen sollten, so daß es möglich wäre, die jährliche Vermehrung gleich um ein Fünftel der wohnbausteuertpflichtigen Wohnungen mit geringeren Kosten vorzunehmen, dann sollen die erzielten Ersparnisse in die Tasche der Hausbesitzer fließen, so daß diesen im Laufe der Zeit ein Mehrertrag zufällt.

Von einer Erhaltung und Neubelebung der Bautätigkeit hat die Volkswirtschaft Vieles zu erwarten; denn ganz abgesehen von der Erfüllung des eigentlichen Zweckes, der Beseitigung des Wohnungsmangels, fließt fast der ganze Bauaufwand der einheimischen Bevölkerung in Form von Warenpreisen und Arbeitslohn wieder zu, was auch auf die entfernteren Geschäftszweige belebend wirkt. Außerdem wird so eine der notwendigen Vorbedingungen für die sozialhygienischen Zukunftsaufgaben der Menschheit erfüllt.

Inland.

Kasineten-Politik.

Herr Krepek, der deutschagrarische Abgeordnete und Vorsitzende der deutschbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, hat am Samstag im Prager Deutschen Haus bei der ersten Vollversammlung der parlamentarischen Klubs dieser Arbeitsgemeinschaft in einer Rede eine „programmatische Darstellung“ über Ziel und Zweck der Arbeitsgemeinschaft gegeben. Mit dieser Rede nun macht die Presse der Arbeitsgemeinschaft ein riesiges Tamtam, obzwar darin — wovon sich jeder überzeugen mag — auch nicht das Geringste steht, was die Krepek, Spina, Kasta und wie die übrigen führenden Arbeitsgemeinschaftler alle heißen mögen, noch nicht gesagt hätten. Die Art und Weise, in der die sogenannte Arbeitsgemeinschaft Politik zu machen glaubt, wird nachgerade widerwärtig. Als sich diese Vereinigung der Agrarier, Deutschdemokraten und Christlichsozialen bildete, hat sie ihr „Programm“ deutlich genug zu verstehen gegeben. Es war wahrlich nichts Ueberwältigendes und umsomehr hätte es damit sein Bewenden haben können. Nun aber machen sich diese Herren lächerlich, indem sie jeden Monat und noch öfters — einmal der Herr Krepek in Leitmeritz, dann der Herr Kasta in Prag und dann wiederum der Herr Krepek in Prag — dieselbe „programmatische Darstellung“ verlesen. Wenn sie immer wieder dasselbe Lied pfeifen, locken sie damit keinen Hund vom Dfen hervor. Das bläst sich auf und glaubt, der Nabel der deutschen Politik in diesem Lande zu sein, die Welt das deutsche Volk in Reichenberg oder Karlsbad sich herzlich wenig darum kümmert, wie und was der Herr Krepek erzählt. Und vollends die Tschechen haben für die Ständchen der Aktivisten taube Ohren. Das einzig Positive, das die samstägige Vollversammlung — in der auch die Fraktion der Gewerbetreibenden durch Herrn Stenzl vollzählig vertreten war — gezeitigt hat, war, daß man dem alten Kinde einen neuen Namen gegeben hat: sie nennen sich jetzt „Klub der Autonomisten“. Das Wesen dieser Gesellschaft von Staatsmännern hätte man besser mit der Bezeichnung Kasineten getroffen. Herrn Kasta und Herrn Mayor-Darling ist es glänzend gelungen, die Brüder von der agrarischen und christlichsozialen Seite auf seinen deutschdemokratischen Leim zu bringen; die Krepek, Boehr und Feiertag tanzen, wie er pfeift und scheinen gar nicht zu bemerken, daß sich unter den Händen des Herrn Kasta jener Teil der deutschbürgerlichen Politiker, der jetzt unter dem Namen der Autonomisten zusammengefaßt wird, bereits die typischen Züge der Verschmudtheit angenommen hat, für die das deutschbürgerliche Prag ein so ausgezeichnetes Boden ist.

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London. 25

Am gegenüberliegenden stumpfen Abhang der Wasserfalle stiegen sie in eine ebene Gegend hinab, in der große Waldstrecken und viele Wasserläufe waren, und über diese großen Strecken liefen sie stundenlang, während die Sonne höher stieg und der Tag wärmer wurde. Bud war außer sich vor Freude. Er wußte, daß er im Begriff war, den Ruf zu beantworten, als er an der Seite seines Waldbruders, der Stelle entgegenlief, von wo der Ruf bestimmt herkam. Alle Erinnerungen kamen schnell über ihn, und er lehnte sich gegen sie auf, wie er sich vor alters gegen die Wehen aufgelegt hatte, deren Schatten sie waren. Er hatte das früher getan, irgendwo in der anderen Welt, die ihm dunkel voranschwebte, und er tat es wieder, jetzt da er frei in der Wildnis umherlief, unter sich die frische Erde und über sich den weiten Himmel.

Bei einem Wasserlauf machten sie Halt, um zu trinken, und hier dachte Bud an John Thornton. Er legte sich nieder. Der Wolf ging weiter der Stelle entgegen, von wo der Ruf bestimmt herkam, dann kehrte er zu Bud zurück und beschneitelte seine Nase und versuchte ihn aufzumuntern. Aber Bud drehte sich um und begann langsam den Rückmarsch. Fast eine Stunde lang lief der wilde Bruder an seiner Seite mit, wobei er leise wimmerte. Dann legte er sich hin, hob seine Nase zum Himmel und heulte. Es war ein trauriges Heulen, und als Bud stetig weiterlief, hörte er, wie es immer schwächer wurde und schließlich in der Ferne ganz erstarb.

John Thornton sah bei der Mahzeit, als Bud in das Lager stürzte und in rasender Freude auf ihn sprang, ihn umwarf, auf ihn kletterte, sein Gesicht leckte und in seine Hände biß — „den Haupttropf spielend“, wie John Thornton es bezeichnete, währenddessen er Bud hin- und herschüttelte und ihn zärtlich liebte.

Zwei Tage und Nächte ging Bud nicht mehr aus dem Lager und ließ Thornton nicht mehr aus den Augen. Er begleitete ihn zur Arbeit, beobachtete ihn, wenn er aß, war bei ihm, wenn er zu Bett ging und wenn er am Morgen aufstand. Aber am dritten Tage erlang der Ruf wieder, und wieder gebieterischer als je zuvor. Buds Unruhe kam wieder über ihn; die Erinnerungen an den wilden Bruder und das lächelnde Land hinter der Dichtung und an das Lausen Seite an Seite durch die großen Wälder quälte ihn. Und er machte wieder seine Wanderung in den Wald, aber der wilde Bruder kam nicht mehr; und obgleich er lange Nächte hindurch lauschte, das traurige Heulen ließ sich nicht mehr vernehmen.

Er fing an, nachts außerhalb zu schlafen und lagelag dem Lager fernzubleiben, und einmal lief er über die Dichtung bei der Quelle des kleinen Flusses und stieg hinab in das Land des Holzes und der Gewässer. Eine ganze Woche wanderte er hier und suchte vergeblich seinen wilden Bruder und sagte im Wandern seine Nahrung und wanderte in dem langen leisen Lauf, der nie zu ermüden scheint. Er fing den Lachs in einem breiten Fluß, der irgendwo in den See mündete, und an diesem Fluß tötete er einen großen schwarzen Bär, der ebenfalls dort fischte und, von einem Moskito-schwarm geblendet, hilflos und schrecklich durch den Wald taste. Aber es war ein harter Kampf, und er weckte die letzten

verborgenen Ueberreste von Buds Wildheit. Als er zwei Tage später zu seiner Deute zurückkam, fand er dort ein Dutzend brauner Vielfraße, die sich um den Raub stritten; er zerstreute sie wie Spreu, und die fliehenden Liefen zwei der ihren zurück, die nicht mehr streiten konnten.

Die Blutgier überkam Bud heftiger als je. Er war ein Mörder, ein Geschöpf, das raubte und sich von lebenden Wesen ernährte, allein, ohne fremde Hilfe, nur vermöge seiner eigenen Kraft und Tapferkeit; und er blieb siegreich am Leben in der feindlichen Umgebung, wo nur die Kraft des Lebens erhält. Infolgedessen bekam er einen großen Stolz auf sich selbst, der in einer Art Anstehung auf sein ganzes Sein überging. Dieser Stolz zeigte sich in jeder Bewegung, war sichtbar in jedem Spiel seiner Muskeln, war deutlich ausgedrückt in seiner Haltung und ließ seinen herrlichen Pelz noch herrlicher erscheinen. Wegen der vereinzelt braunen Punkte an der Schnauze und über den Augen und wegen des weichen Streifens, der mitten über seine Brust hinabließ, hätte man ihn irrtümlich für einen riesigen Wolf, größer als der größte der Rasse, halten können. Von seinem Sankt Bernhardsvater hatte er Umfang und Gewicht geerbt, aber seine Mutter, die Schäferhündin, hatte diesem Umfang und Gewicht Form gegeben. Seine Schnauze war die lange Wolfschnauze, nur war sie länger als die Schnauze irgend eines Wolfes; und sein Kopf, etwas breiter, war der Wolfskopf in gewaltigerem Maße.

Seine Bist war die des Wolfes und der Wildnis, sein Verstand der des Schäferhundes und des Sankt Bernhardiners; und alles dies im Verein mit einer Erfahrung, die er in der schrecklichsten Schule gemacht hatte, machte ihn zu einem

Geschöpf, so furchtbar wie nur irgend eines, das durch die Wildnis schritt. Als Fleischfresser, und ausschließlich von Fleisch lebend, stand er in vollster Blüte, auf der Höhe seines Lebens, und strotzte von Kraft und Männlichkeit. Wenn Thorntons Hand zärtlich über seinen Rücken strich, folgte ihr ein Knistern und Springen, und jedes Haar entlud bei der Berührung die ihm innewohnende Elektrizität. Jeder Teil, Bein und Körper, jedes Gebilde und jede Faser waren auf den feinsten Ton gestimmt, und zwischen allen Teilen bestand das vollkommenste Gleichgewicht oder die vollendetste Anordnung. Auf alles was er sah und hörte, auf alles was Handlung erforderte, antwortete er mit blitzartiger Geschwindigkeit. Er konnte doppelt so schnell laufen als irgend ein anderer Hund, wenn es sich um Angriff oder Rückzug handelte. Er sah die Bewegung oder hörte den Laut und antwortete darauf in kürzerer Zeit, als ein anderer Hund brauchte, um das Gesehene oder Gehörte nur zu begreifen. Er nahm wahr, entschied und antwortete im selben Augenblick. Tatsächlich folgten die drei Handlungen des Wahrnehmens, Entscheidens und Antwortens aufeinander, aber die Zwischenräume waren so unendlich klein, daß sie als gleichzeitige Geschwindigkeiten erschienen. Seine Muskeln waren mit Lebenskraft überladen und sprangen, wenn er sie spielen ließ, wie elastische Federn. Leben strömte durch ihn in glänzender Flut, heiter und schäumend, und es schien, als wolle es ihn in kraftvollem Entzücken auseinanderbringen und großmächtig forströmen über die Welt.

„Nie hat es einen solchen Hund gegeben,“ sagte John Thornton, als seine Freunde Bud beobachteten, wie er aus dem Lager ging. (Fortsetzung folgt.)

Mit offenem Bisher.

Herr Franz Wolfrum, der bekannte Großindustrielle aus Ruffig, darf den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, mit lange nicht gehörter Offenheit und Dreistigkeit das wahre Herz der kapitalistischen Bourgeoisie wieder einmal enthüllt zu haben. In einem Artikel der Goblitzer Zeitschrift des Herrn Genfer, der politisch tot noch die Arbeiter und die Sozialdemokraten belächelt, versucht Herr Wolfrum das deutsche Bürgertum in diesem Staat von seinen „Fremden“ zurückzurufen, indem er zur rücksichtslosen Bekämpfung der Arbeiter aufruft. Er bemängelt es, daß man den Staat „als Wohlfahrtsstaat bezeichnen will, daß er (der Staat) „großen Schichten der Bevölkerung Schutz und Versorgung im Alter, bei Krankheiten und Unfällen bieten soll“.

„Nicht ein einziger unserer Abgeordneten hat bisher diesen Mut aufgebracht. Ich habe wenigstens nicht ein einziges Mal wahrgenommen, daß einer der gewählten Volksvertreter aufgetreten wäre gegen diese unheilvolle Sozialpolitik, gegen Mieterschutz und alle Eingriffe der Staatsgewalt in die Handlungsfreiheit der Bürger.“

Jetzt wissen wir, wie nach der Meinung des Herrn Wolfrum, der doch nur der wahrhafteste Vertreter des deutschen Bürgertums überhaupt ist, der Staat aussehen müßte, in welchem er und die Seinen sich wohlfühlen könnten! Die Handlungsfreiheit der Bürger, das heißt natürlich derjenigen, die die wirtschaftliche Macht besitzen, dürfte in keiner Hinsicht gestört werden, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Fabrikanten müßte schrankenlos sein, Alters-, Invaliditäts- und Krankenversicherung müßten als übler Ballast beseitigt werden, die Hausherren dürften ihre Mieter nach Herzenslust ausplündern — kurzum, ein neues Slavenerzittern müßte anbrechen, in dem Großindustrielle und Großagrarier, die Peitsche über die Arbeitenden schwingen könnten, ohne hierin vom Staat oder sonst von jemandem gestört zu werden.

Die Benzin-Korruption.

Die famösligen Verhältnisse haben den Nipfel von einer neuen Korruptionsaffäre gezogen, die sich, zum Unterschied von dem bisherigen, dadurch auszeichnet, daß sie auch in militärische Kreise hinüberspielt. Bisher wurden Stabskapitän VoubeLa, Stabskapitän Dostal und der Stabsoffizier des Justizdienstes Adam verhaftet. Schließlich befindet sich noch der Kapitän der Autoabteilung des Ministeriums für nationale Verteidigung KuteLvaär (und nicht, wie man zunächst irrtümlich glaubte, General KuteLvaär), sowie ein fünfter Offizier, dessen Namen unbekannt ist, verhaftet. Die Bestechungen, deren Höhe 800.000 K. erreichen sollen, datieren schon seit einem Jahre. In die Affäre ist auch eine Rumänin, Frau Kolben-Angelescu, verwickelt, die Tochter des rumänischen Generals Angelescu und die Witwe nach dem Proger Anwalt Kolben. Frau Angelescu hatte für die Firma Naftaspol, „gearbeitet“, deren Direktor Benoni ebenfalls in Haft ist, und die von der Legionärbank finanziert wurde. Die Verurteilungen wurden bereits längere Zeit verübt, man kam aber bisher nicht darauf, weil die Schuldigen in dem Ministerium auch jene Stellen, an denen die unlauteren Manipulationen hätten aufgedeckt werden können, besetzt hielten.

Ein besonderes Kapitel für sich bedeutet die Verhaftung des Chefredakteurs des Amtsblattes der Tschechoslowakischen Republik, Ministerialrat Dr. Svatek. Dr. Svatek spielte in der tschechischen Gesellschaft eine geradezu hervorragende Rolle. Bei allen patriotischen Anlässen sah man ihn an der Seite des Zeremonienmeisters des Präsidenten der Republik Dr. Guth paradiieren. Er war auch Ehrenvorsitzender vornehmer tschechischer Sportvereine, Syndikus der tschechischen Presse und unternahm auch große Auslandsreisen. Jetzt plötzlich stellt sich heraus, daß der Mann, der auf so großem Fuße lebte, ein Benzin-Korrupter war.

Dem „Kesse Slovo“ zufolge ist noch eine Reihe anderer Personen in die Sache verwickelt, sowohl Militär- als auch Zivilpersonen, sowie eine tschechische Großbank.

Die Bespitzelung einer Zeitungsredaktion.

„Rude Pravo“ schreibt: Svehlas Verbot an die Koalitionspresse, mit dem „Rude Pravo“ zu polemisieren und über die ganze Affäre Schweigen zu bewahren, sowie seine Forderung, daß das

Der Briefwechsel Macdonald-Poincaré

Möglichkeit einer baldigen allgemeinen Abrüstung. — Frankreich träumt nicht von Annexionen . . .

Paris, 2. März. In dem Briefe an Poincaré sagt Macdonald: Viele Franzosen glauben, daß eine vollständige Niederlage Deutschlands sie für immer aus der wirtschaftlichen Bedrohung befreit. Die Franzosen erleben eine Täuschung in der Reparationsfrage. Die Situation Englands ist vollkommen anders. Seine Sicherheit zu Wasser und zu Lande kann nicht bedroht werden, aber sein Wirtschaftsleben befindet sich infolge der wirtschaftlichen Wirren in Europa und der Unsicherheit des französisch-deutschen und des französisch-englischen Verhältnisses in Gefahr. Macdonald erinnert an die britischen Vorwürfe gegenüber der französischen Politik, besonders daß es so viel Interesse für die militärische Organisation der neuen Staaten in Mitteleuropa zeigt, denen es finanzielle Unterstützung gewährt. Diese Verschiedenheit der Ansicht zwischen beiden Ländern trübte in der Vergangenheit ihre gegenseitigen Beziehungen und führte beide Regierungen dazu, sich in Streit zu verstricken. „Ich wünsche von ganzem Herzen“, schreibt Macdonald, „gemeinsam zu versuchen, der öffentlichen Meinung beider Länder Vertrauen einzulösen, daß ihre Befürchtungen sobald als möglich gegenstandslos werden.“ Macdonald will sich heute nicht über das Ruhrgebiet, über die Okkupation der Rheinlande und nicht über die Pölsische Angelegenheit verbreiten, aber er konstatiert die Notwendigkeit, sobald als möglich eine Regelung in diesen Punkten, und zwar erst durch eine erfolgreiche Diskussion zu erreichen. Das französische Volk strebt nach Sicherheit, das englische Volk gleichfalls, aber die Sicherheit ist in Wirklichkeit ein europäisches Problem.

Es ist möglich, daß die allgemeine Abrüstung in einiger Zeit verwirklicht wird. Inzwischen muß es unsere Aufgabe sein, sich darum zu bemühen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Es handelt sich darum, ob diese Aufgabe durch die Entmilitarisierung oder Neutralisierung gewisser Gebiete oder durch eine andere Art, was sorgfältig studiert werden muß, durchführbar ist. Der Völkerebund könnte in dieser Angelegenheit eine wichtige Rolle spielen. Es wäre notwendig, die Uebereinstimmung und den guten Willen aller europäischen Staaten zu kontrollieren, allein diese Politik kann nur dann durchgeführt werden, wenn Frankreich und England unter sich einig sind.

Macdonald erinnert an den französischen und an den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage. Vor einer Diskussion über dieses Problem müssen naturgemäß die Berichte der Sachverständigenausschüsse abgewartet werden. Es bestehen keine Gründe dagegen, daß dieses Problem von einem breiteren Gesichtspunkte aus geprüft und im Zusammenhang mit dem verwandten Problem der interalliierten Schulden in einer Weise gelöst wird, die England die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Stabilität Europas und Frankreich die Verpfändung geben würde, daß seine berechtigten Forderungen befriedigt werden. Wenn Frankreich und England übereinkommen, wird die Kooperation der übrigen europäischen Länder gesichert sein und wir werden vor die Vereinigten Staaten nicht als Schuldner, die untereinander diskutieren, sondern als Verbündetes Europa treten.

„Rude Pravo“ dann selbst gezwungen sein wird, zu schweigen, haben sich als unzuverlässig erwiesen, so daß es notwendig ist, an andere Mittel zu denken, um das angefeindete Arbeiterblatt zum Schweigen zu bringen. Das „Rude Pravo“ ist auf der Tagesordnung der Ministerratssitzungen, des Koalitionsehrerenausschusses und der Exekutivschüsse der Parteien. Die Koalition hat sich vorläufig auf Vollzeitsmaßnahmen geeinigt, von denen bis heute so viel durchgeführt wird, daß die Redakteure des Blattes auf Schritt und Tritt polizeilich beaufsichtigt werden und alle telefonischen Gespräche abgehört, die wichtigsten von einem Stenographen aufgenommen werden. Der Mann, der diese Arbeit tut, ist nebenbei gesagt, nicht sehr gewandt, bei rascheren Gesprächen kommt er nicht nach, weshalb er während des Gespräches die Zeitung unterbricht, wodurch er uns in der Arbeit stört und aufhält. Wir begreifen, daß der Postminister Franke Koalitionsaufträge ausführen muß, aber wir fordern ihn hiemit auf, sich einen besseren Stenographen zu nehmen, sonst mühen wir uns für die Chilianierung in gleicher Weise revanchieren. Aber diese Polizeimaßnahmen haben für die Einstellung unserer antikorruptionistischen Aktion sehr wenig Bedeutung, denn so geschieht wie die Herren sind wir auch. Und so werden alle möglichen Maßnahmen beantragt: der erste Antrag fordert die Einstellung des „Rude Pravo“ auf einige Wochen, und, falls das Blatt nicht aufhöre, Korruptionen aufzudecken, die Einstellung für immer. Der zweite Antrag verlangt die Vernahme von Hausdurchsuchungen in der Redaktion und in den Wohnungen der Redakteure unter irgend einem Vorwande, um verschiedene Dokumente über die Korruptionsaffären und die Korrespondenz, die sich auf diese Affären bezieht, zu beschlagnahmen.

Die politischen Behörden und der 4. März.

Die politische Bezirksverwaltung in Teischen hat unter dem 26. Februar 1924 folgenden Erlass

können, welches aufrichtig wünscht, die Wunden der Nationen zu heilen. Macdonald fügte am Schlusse hinzu, daß er zu einer französisch-englischen Zusammenarbeit mit vollen Sympathien für das gegenseitige Bedürfnis bereit ist und mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse und die unerlässliche Zusammenarbeit zur Gesundung der europäischen Lage.

Poincarés Antwort.

In der Antwort versichert Ministerpräsident Poincaré, daß er bereit ist, die großen unerledigten Probleme in demselben versöhnlichen und lokalen Geiste zu prüfen. Bei gegenseitigem guten Willen müssen wir erreichen, daß die bebauerten Werten Mißerständnisse zerstreut werden. Seit der Unterzeichnung des Friedens plagen Frankreich zwei legitime Sorgen: Die Reparationen und die Sicherheit. England wünscht vor allem wirtschaftliche Wiederherstellung.

Bis Frankreich Entschädigung erhält für seine Ruinen und bis es gegen Angriffe geschützt sein wird, wie der ganze Kontinent auf Wiederherstellung der Ruhe mehr Hoffnung haben. Als blühender Deutschlands ist Frankreich nicht so lächerlich, den Schuldner ins Elend stürzen zu wollen. Was Frankreich betrifft, hat dies keinen Nebengedanken auf eine kontinentale Vorherrschaft. Keinem verständigen Franzosen hat jemals von einer Annexion einer einzigen Parzelle deutschen Bodens geträumt, auch nicht davon, aus einem Deutschen einen französischen Bürger zu machen.

Poincaré fragt, ob tatsächlich ein Engländer existiert, der meinen würde, daß Frankreich brudermörderische Vorberreitungen gegen sein Land trifft. Unsere militärischen Einrichtungen sind ausschließlich zur Abwehr gegen die Veruche der germanischen Vergeltung bestimmt. Die französische Politik gegenüber der Kleinen Entente war gleichfalls immer friedensliebend. Da wir die Möglichkeit wirksamerer Friedensgarantien erwarteten, trachteten wir in Beziehung mit allen an der lokalen Erfüllung interessierten Nationen zu bleiben. Darin liegt nichts, was England Abbruch tun könnte, da wir niemals aufstürzen, zu verkünden, daß wir keinen Beitritt zu dieser freundschaftlichen Gruppierung als die beste Friedensgarantie betrachten.

Der Ministerpräsident erinnert an die Anreue der Ruhr-Okkupation und sagt, daß er von diesem Zwangsmittel ablassen wird, sobald Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Das Rheinland wird geräumt werden, sobald die Vertragsbedingungen erfüllt sind und die Sicherheit Frankreichs gewährleistet ist. Die Reparationskommission und die alliierten Gerichte werden die Gutachten der Experten nach ihrer zuständigen Kompetenz prüfen. Ich hoffe, schreibt Poincaré, daß sie in Kürze zur Regelung des Ganzen beitragen werden und dazu von Deutschland zu erreichen, daß es sie erfüllt. Schrankenlos ist es zu fordern, daß die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden gleichzeitig geregelt werde.

an die Bürgermeister- und Gemeindeväter gerichtet:

Laut Zeitungsnachrichten wird von den politischen Parteien auf die Bürgermeister- und Gemeindeväter ein Druck ausgeübt für Faschingsdienstag, den 4. März, dem Gedächtnistage der blutigen Ereignisse in Raaben, keine Tanzunterhaltungen, selbst auch nicht Gesuchstellern tschechischer Nationalität, zu bewilligen.

Die Bürgermeister- und Gemeindeväter werden darauf aufmerksam gemacht, daß aus diesem Grunde die Bewilligung zur Veranstaltung von Tanzunterhaltungen nicht abgelehnt werden kann, daß den Parteien gegebenenfalls das Rückrecht im autonomen Instanzzuge zusteht und daß insofern in dem Verbote des Herrn Bürgermeisters und Gemeindevorstehers eine Verletzung oder irrtige Anwendung der Gesetze erblickt werden sollte, über diesbezügliche Beschwerde die politische Bezirksverwaltung nach Paragraph 108 der Gemeindeordnung einzuschreiten hat.

Der Regierungsrat Barvinius m. p.

Zu diesem Ullas der politischen Bezirksverwaltung in Teischen, der jedenfalls auf höhere Weisung erlassen ist, ist einiges zu bemerken: Zunächst geht die Bewilligung von Tanzunterhaltungen die politischen Behörden gar nichts an, da die Sittenpolizei in den selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinde fällt. In der Nichterteilung der Bewilligung zu einer derartigen Unterhaltung eine Verletzung oder fehlerhafte Anwendung eines Gesetzes unmöglich erblickt werden. Für die angeordnete Anwendung des Paragraph 103 der Gemeindeordnung ist also kein Raum. Die Veranstaltung von Tanzunterhaltungen und ähnlichen Lustbarkeiten am 4. März widerspricht dem Empfinden der deutschen Bevölkerung. Wenn die Tschechen nicht selbst so viel Laftgefühl aufbringen, daß sie an diesem Tage in überwiegend deutschen Gemeinden von lärmenden Lustbarkeiten ablehnen, so ist das ihre Sache. Unverständlich aber ist es, daß die politischen Behörden durch derartige Er-

lässe geradezu zur Veranstaltung von Lustbarkeiten am 4. März und zur Beförderführung gegen die Unterfagung auffordern.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Die für den 5. März einberufenen Sitzungen des Immunitätsausschusses und des Budgetausschusses finden nicht statt.

Neue Verordnungen. Der letzte Ministerrat hat zwei neue Regierungsverordnungen genehmigt, und zwar die Durchführungsverordnung zur Novelle über die Vermögensabgabe und die Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Schutz der tschechoslowakischen Währung und den Umlauf der Zahlungsmittel. Weiter hat die Regierung die neue Verordnung über die Einhaltung der Arbeits- und Dienstverhältnisse bei Einrichtungen im Jahre 1924 genehmigt.

Für den Mieterschutz. Auf einer zahlreich besuchten Mieterversammlung im Mährisch-Schtrauer Volkshaus sprach der Vorsitzende des Proger Mietervereines Dr. Schülz und für den Vollzugsausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Partei der Chefredakteur des Blattes „Duch Casu“, Capel, über das Mieterschutzgesetz. Es wurde die Notwendigkeit einer Verlängerung auch um den Preis einer Abänderung in der Koalition hervorgehoben. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, in der die Forderungen der Mieter niedergelegt sind.

Die Landesauschüsse sind zu sprachrechtlichen Entscheidungen nicht berufen. Dem Landesverwaltungsanschuße steht weder als ordentlicher Instanz, noch als Aufsichtsorgan über die nachgeordneten autonomen Behörden das Recht zu, über Beschwerden zu entscheiden, welche gegen die im Vorgehen einer Bezirksverwaltungscommission erblidete Verletzung der Sprachrechte eingebracht wurden. Zur Entscheidung dieser Schritte sind nach Paragraph 7 der Sprachengesetzes vom 29. Februar 1920 ausschließlich die politischen Behörden als staatliche Aufsichtsbehörden berufen (Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 10. Oktober 1923, Zahl 14.945).

Die Troppauer Gemeindevahl wurde auf Sonntag den 30. März festgesetzt. Es werden 42 Mitglieder der Gemeindevahl gewählt. Die Kandidatenlisten für die bevorstehende Wahl müssen beim Bürgermeisteramte spätestens am 16. März 1924 bis 12 Uhr mittags in zwei Gleichschriften überreicht werden.

Ausland.

Hendersons Triumph.

Der Staatssekretär des Innern, Genosse Arthur Henderson, der bei den Hauptwahlen unterlegen ist, lehrt auf Grund des glänzenden Ergebnisses der Ergänzungswahl in Burnley als Nachfolger des verstorbenen Arbeiterabgeordneten Jwing in das Unterhaus zurück. Anlässlich der letzten allgemeinen Wahlen erzielte die Arbeiterpartei in Burnley gegen den konservativen und liberalen Kandidaten eine Mehrheit von 252 Stimmen. An der Nachwahl haben sich nach englischer Väterstimme gut 82 Prozent der Wählererschaft beteiligt. Aus dem Wahlergebnis geht hervor, daß etwa 7500 Wähler, die das letztemal für den liberalen Kandidaten gestimmt haben, gestern Henderson unterstützten. Nur 3500 Wähler übergaben ihre Stimme dem konservativen Gegenkandidaten.

Wohl hat der Wahlsieg an dem parlamentarischen Bestehnd der Arbeiterpartei nichts geändert, dennoch ist diese Nachwahl das innerpolitisch bedeutungsvollste Ereignis der britischen Politik, seitdem die Arbeiterpartei die Macht ergriffen hat. Innerhalb zweier Monate hat die Arbeiterpartei in diesem einen Bezirk 7700 Stimmen gewonnen, und Henderson zieht nun als ein Majoritätsabgeordneter in das Unterhaus ein. Diese Verschiebung hat sich auf Kosten der die Regierung unterstützenden Liberalen vollzogen. Von den dreizehntausend Stimmen, die den Liberalen bei den Hauptwahlen zuzielen, gewann die Arbeiterpartei 7700, die Konservativen dreitausend; zweitausend Wähler haben sich an der Wahl nicht beteiligt. Es wäre zwar vorzuziehen, auf Grund dieser einen Wahl allgemeine Schlüsse zu ziehen und behaupten zu wollen, daß die Liberalen zum größeren Teil vor der Labour und zum kleineren von den Konservativen ausgetrieben werden und daß sich in England auf einer ganz veränderten Grundlage, wie es früher bestand, ein neues Zweiparteiensystem herausbildet. Aber einige Schlüsse läßt diese Nachwahl schon zu, und sie sind auch mit den nötigen Vorbehalten gezogen, sowohl für die Stellung der Arbeiterregierung in England selbst als auch international von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wäre Henderson in diesem Wahlkreis unterlegen, so wäre es ein Anzeichen gewesen, daß sich die Stellung der Arbeiterpartei, seitdem sie die Macht ergriffen hat, nicht verbessert habe. Das Zutreten von neuen Wählern beweist aber, daß sich große Schichten der britischen Wählererschaft mit der Politik der Arbeiterregierung einverstanden erklären, daß ihr die Machtübergang und das durch die parlamentarischen Machtverhältnisse ausgebrungene sehr behutsame Vorgehen nicht nur nicht geschadet hat, sondern, daß sie die Wähler von den Fesseln befreien wollen, um ihr die Möglichkeit zu geben, ihr ganzes Programm zu verwirklichen. Viele Beobachter der letzten politischen Vorgänge in England sind darin einig, daß die Regierung Macdonald zu den völkstümlichsten in England gehört und daß sie, Schritte in dem Besitz der Macht an die Auflösung des Parlaments, die absolute Majorität im Un-

terhaue erobern würde. Der Ausgang der Wahl in Burenley gibt diesen Beobachtern vollauf recht.

Wie man weiß, hat sich Serderson in einer seiner Wahlreden zu der Revision des Vertrages von Versailles bekannt und dem Imperialismus den offenen Krieg erklärt. Im Unterhause, wo die imperialistischen Parteien der Liberalen und Konservativen die Mehrheit besitzen, mußte Macdonald vielfach abschwächende Erklärungen abgeben. Neben der Wahlausgang in Burenley zeigt, daß das Land, das die britischen Wähler vielfach weit fortgeschrittener denken als ihre Vertretung im Unterhause. Serderson hat seinen Wahlsieg dem Umstand zu verdanken, daß er sich als ein offener Gegner der auf dem Vertrag von Versailles gegründeten Gewaltspolitik bekannte. Dieses Bekenntnis hat ihm nicht nur nicht geschadet, im Gegenteil, es hat ihm tausende Wähler zugeführt.

Die belgische Regierungskrise.

Die durch den Sturz des Kabinetts Theunis in Belgien geschaffene politische Lage ist äußerst kompliziert. Der Versuch des Königs, den belgischen Ministerpräsidenten Theunis zur Neubildung des Kabinetts zu veranlassen, ist an dessen kategorischer Weigerung gescheitert. Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß bei der starken Zersplitterung der Parteien die Bildung einer neuen tragfähigen Koalition völlig ausgeschlossen erscheint. Die Sozialisten und die Wamen, die am Mittwoch das Ministerium zu Fall gebracht haben, stimmen zwar in der entscheidenden Beurteilung der bisherigen Außenpolitik Belgiens überein, stehen sich aber auf innerpolitischem Gebiete scharf gegenüber. Ein aus den Katholiken und Liberalen gebildetes Koalitionskabinetts würde aber wahrscheinlich nur von kurzer Lebensdauer sein, wie eine Minderheitsregierung der Sozialisten. Vanderveelde hat außerdem bereits erklärt, daß er, falls er berufen werde, die Bildung des Kabinetts von der Auflösung der Kammer abhängig machen würde. Als Zwischenlösung gewinnt der Gedanke eines reinen Geschäftsministeriums an Boden, das bei eventuellen Notfällen die Regierung überleben soll.

Die Kommentare der Pariser Presse geben sehr unvorhersehbar die Bestätigung wieder, die der unerwartete Sturz in Frankreich hervorgerufen hat. Von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, scheint man sich in Paris keinerlei Illusionen über die Tragweite des Ereignisses hinzugeben. Die Mehrzahl der Blätter gibt zu, daß das Votum der Kammer nicht allein dem belgisch-französischen Handelsvertrag, sondern mehr noch dem Gang der von Frankreich betriebenen Außenpolitik des Ministeriums Theunis gegolten hat. Es sind keineswegs nur die linksstehenden Organe, die von der Weiterentwicklung in Belgien eine Verstärkung der politischen Isolierung Frankreichs erwarten.

Vanderveelde, der in der Pariser Boulevardpresse als germanophil und Franzosenfeind denunziert wird, glaubt sich gegen diese Anrempelungen verteidigen zu müssen. Einem Berichterstatter des *Schicksal* „Matin“ gegenüber erklärte er, daß seine Mutter eine Französin gewesen, seine Erziehung französisch sei. Während des Krieges trat er für das Durchhalten bis zum Siege ein. Was die Reparationsfrage anlangt, so sei er über die Methode mit Theunis uneinig gewesen, aber nicht über das Ziel. Schon in Frankfurt hatte er erklärt, daß Frankreich und Belgien um die notwendigen Reparationen nicht gebracht werden dürften. In dem Augenblick nun, in dem die Sachverständigen einen allgemeinen Plan über die Regelung der Reparationen vorbereitet und in dem sich in allen Ländern eine Bewegung geltend mache, diesen Plan zu unterstützen, erkläre er (Vanderveelde), daß die belgischen Sozialisten wohl an einer allgemeinen Regelung teilnehmen könnten, die Macdonald mit seiner ganzen Kraft unterstütze. Im übrigen könne Belgien keine franzosenfeindliche Politik treiben. Keiner seiner Freunde hat, als sie gegen den Handelsvertrag stimmten, das mit dem Wunsch getan, ein Zerwürfnis zwischen beiden Ländern herbeizuführen.

Telegramme.

Die Reichstagskandidaturen der Sozialdemokraten.

Berlin, 3. März. (Eigenbericht.) Auf dem gestrigen Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie wurde die Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahlen vorgenommen. In der vorigen Woche war durch Vermittlung des Parteivorstandes eine Verständigung zwischen den beiden in der Berliner Organisation um die Mehrheit ringenden Richtungen zustande gekommen; nach dieser sollten die Listen für die Reichstagswahlen ungefährt paritätisch mit Vertretern beider Richtungen besetzt werden und auch der Berliner Parteivorstand, der im vergangenen Jahre ausschließlich von Vertretern der linken Richtung besetzt war, sollte paritätisch neu gebildet werden.

Der Berliner Bezirksparteitag lehnte jedoch mit einer Mehrheit von vierzig Stimmen diese Vorschläge ab. Bei den nun folgenden Wahlen erhielten die Vertreter der Linken überwiegend die günstigen Stellen auf der Liste, so daß gegen Ende der Tagung die aufgestellten Vertreter der Rechten die Erklärung abgaben, daß sie unter diesen Umständen sich nicht als Kandidaten auf die Liste setzen lassen könnten. Für den Parteivorstand erklärten die Genossen Dittmann und Crispian, daß auch der Parteivorstand sich mit

dem Ergebnis nicht beruhigen könne und im Interesse der Partei und der Wahl unbedingt auf einer Verständigung bestehen müsse. Man muß also annehmen, daß der Parteivorstand bei der Berliner Organisation wegen des Ergebnisses der gestrigen Wahlen intervenieren und daß sich der Bezirksparteitag nochmals mit der Aufstellung der Kandidaten zu beschäftigen haben wird.

Bis jetzt sind für Berlin an erster Stelle die Kandidaten der Linken Crispian und für Potsdam II (Teltow-Beskow) Zubeil als Spitzenkandidaten aufgestellt worden, während Heimann und Eduard Bernstein erst an zweiter Stelle stehen.

Der Reichskanzler verhandelt mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 3. März. Heute Nachmittag hatte der Reichskanzler mit den Führern der sozialdemokratischen Partei Müller, Wels und Breitfeld eine Besprechung, an der sich die übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Kabinetts beteiligten. Verhandelt wurde die Frage, ob die Sozialdemokratie auf ihre Ansprüche auf Abänderung der lebenswichtigen Rechtsverordnungen zu verzichten bereit sei. Der Reichskanzler erklärte, daß er eine Abänderung an der dritten Steuerneuverordnung nicht zulassen könne. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, da die Sozialdemokraten auf ihren Abänderungsanträgen beharrten. Sie teilten jedoch mit, daß sie über die Verhandlungen in der Fraktionsitzung am Mittwoch Bericht erstatten werden. Diese Sitzung wird auch darüber entscheiden, ob der Reichstag durch die Regierung aufgelöst oder ob er sich selbst auflösen wird.

Große Kundgebung der streikenden Bankbeamten.

Wiederholung der Verhandlungen. Wien, 3. März. (Eigenbericht.) Heute vormittags veranstalteten die Bankbeamten eine Kundgebung, zunächst bei der Zentralbank der deutschen Sparkassen, dann bei der Anglobank und schließlich bei der Depositenbank. Es kam bei diesen Demonstrationen wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die bei der Anglobank sogar vom Leder zog. Es wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen. Die Demonstration machte offensichtlich einen großen Eindruck. Unmittelbar darnach verständigte der Bundeskanzler den Abgeordneten Genossen Aina, daß er für morgen elf Uhr neue Verhandlungen einberufe. Diese Verhandlungen werden von dem viergliedrigen Komitee der Angestellten und der Banken geführt werden.

Reinlichkeitsinn — in Amerika.

Washington, 2. März. (Savas.) Der Senat beschloß mit 66 gegen 1 Stimme eine Untersuchung anzustellen über die Aufgabe, welche der Justizminister in dem Petroleumskandale hatte.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	Dollar 2,8975
Härich 100 „	Schweiz. Frank 16,7250
Berlin 1 „	Mark 122,509,000,00000
Wien 1 „	Österr. Kronen 2,05200

Prager Kurie am 3. März.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1309'00	1315'00
1 Million Mark	7.74'50	7.94'50
100 belg. Francs	127.75'00	129.25'00
100 schwed. Fran.	608.50'00	611.50'00
1 Fund sterling	150.92'50	152.32'50
100 Lire	151.12'50	152.62'50
1 Dollar	35.10'00	35.40'00
100 franz. Francs	148.75'00	148.25'00
100 Dinar	44.00'00	44.50'00
10,000 maghar. Kronen	5.87'50	6.37'50
1,000,000 poln. Mark	3.42'50	4.22'50
10,000 österr. Kronen	4.68'00	5.05'00

Tages-Neuigkeiten.

Smetana und die Kläffer.

Wie bekannt, soll der „Kuß“ von Smetana, der mit seinen Werken bisher aus dem Neuen deutschen Theater in Prag verbannt war, demnächst in diesem Institut aufgeführt werden. Es war höchste Zeit, daß jene, die in Prag mit der Pflege der Kunst betraut sind, in dem 100. Geburtsjahr Smetanas den Anlaß gefunden haben, der Selbstverständlichkeit Genüge zu leisten, Smetana — und hoffentlich bald auch anderen Dichtern und Komponisten der tschechischen Nation — die Tore zu öffnen. Da kommt nun das Prager „Montagsblatt“, dessen Wichtigkeit für das deutsche öffentliche Leben ungefähr der Bedeutung eines Wandkalenders für die geschichtliche Entwicklung gleicht, und veröffentlicht einen Aufsatz, in welchem die Deutschen Prag und der Tschechoslowakei überhaupt dringend gewarnt werden, die Aufführung der Smetanaoper im Neuen deutschen Theater zuzulassen. Das „Montagsblatt“ hat sich in einem früheren Aufsatz für die Aufführung des Werkes ausgesprochen und da es nun über diese Frage eine Diskussion eröffnet hat, empfinden es vom Verfasser des Aufsatzes mit der gegenteiligen Meinung den schmückenden Bei-

namen eines „mutigen“ Blattes, das sich allein „der undankbaren Aufgabe“ unterziehe, „eine heikle, folgenreichere Frage zur öffentlichen Diskussion zu stellen“. Der „Mut“ des Montagsblattes im allgemeinen und in diesem Zusammenhang im besonderen ist geeignet, Nachsicht zu erwecken. Ueber diese Frage gibt es überhaupt keine Diskussion, es beruht sich für alle Nichternagelte von selbst, daß der „Kuß“ aufgeführt werden soll und so endlich die Vergeltung von Kunst und Politik beseitigt werden muß. Der deutsche Chauvinist, dem das „mutige“ „Montagsblatt“ freundlich Unterstand gewährt, ist der Meinung, daß es nicht Sache der Deutschen sei, mit der Veröhnung zu beginnen. Ganz abgesehen davon, daß mit der Frage der Verständigung zwischen den Deutschen und Tschechen, daß mit politischen Fragen überhaupt die Kunst nichts zu tun hat, ohrfeigt sich dieser nationalistische Sprecher des deutschen Bürgerturns selber, indem er an anderer Stelle bekennt, daß dieses deutsche Bürgerturn in Böhmen „besser gefahren wäre“ und „sich manches erspart hätte“, wenn es die Tschechen in früheren Zeiten „in all ihren Lebensäußerungen, zumal in ihrer Sprache und in ihrer Kunst verstanden und begriffen hätten“. Das aber ist das Charakteristische an den Leuten vom Schlage des Artikelschreibers im „Montagsblatt“, daß sie, selbst wenn sie zur Erkenntnis ihrer früheren Fehler gekommen sind, aus der Vergangenheit nichts lernen wollen. Darum sprechen sie auch heute, angesichts der bevorstehenden Smetana-Aufführung, wiederum von „nationaler Charakter- und Würdelosigkeit“ und fühlen nicht die eigene Engstirnigkeit und Borniertheit, begreifen nicht, daß so wie das Kulturleben aller anderen Nationen, so auch Geist und Kultur des tschechischen Volkes dem deutschen Volke zu erschließen ist, ganz ohne Rücksicht auf die politischen Verhältnisse, nicht mit dem ausgesprochenen Zweck, zu veröhnern, — obwohl dies sicherlich nur nützen, keineswegs schaden kann — sondern in der Hauptsache deswegen, weil die Kunst an sich der höchste Ausdruck des allgemein Menschlichen ist und unter Kulturmenschen turmhoch über allem Sader gehalten werden muß. Und wenn sich Rinds- und Hühnergerade die Musik zum Felde ihrer kulturzerstörenden Tätigkeit aufsuchen, so beweist das am besten, daß nicht Liebe zum Volk und nicht Liebe zur Wahrheit aus ihnen spricht, sondern nur die Gier, weiter zu zerstören und zu verheben, da für sie und Hresgleichen in dem traurigen Streit der Nationen der Weizen am äppigsten blüht. Die Musik ist die internationale aller Künste, der Genies Beethovens entflammt, revolutioniert und veredelt alle Menschen ohne Ansehen der Nation. Und darum wird auch Smetana keinen Einzug in das Neue deutsche Theater halten.

Konstituierung der Gemeindevertretung in Krocchlaw bei Radno. In Krocchlaw bei Radno, wo sich eine Deutsche Kolonie befindet (meistens Metallarbeiter) und wo bei den Wahlen in die Gemeindevertretung zwei deutsche Sozialdemokraten gewählt wurden, fand dieser Tage die Konstituierung der Gemeindevertretung statt. Mit Hilfe der kommunistischen Stimmen wurde der tschechische Nationalsozialist Kuchynka, der 20 Stimmen erhielt gegen den tschechischen Sozialdemokraten Roubh, dem früheren Gemeindevorsteher, der nur 15 Stimmen erhielt, gewählt. Die deutschen Sozialdemokraten koppelten für die Wahl in den Gemeinderat mit den tschechischen Sozialdemokraten, wodurch es gelang, den Gen. Sfall zum Mitglied des Stadtrates zu wählen.

Proletarische Bildungsarbeit? Die kommunistische Lokalorganisation in Krummau veranstaltet im Rahmen der südböhmischen Schaubühne Arbeiterveranstaltungen: „Das Sperrschloß“ und „Katja, die Tänzlerin“. Begründet wird dieser Katjakult, der kein Sperrschloß wert ist, damit, daß die Arbeiter künstlerisch wertvolle Werke machen! Woher der traurige Mut zu solchen Behauptungen? Die kommunistische Lokalorganisation in Krummau wolle sich lieber den Mißbrauch abgewöhnen, geschmacklose Bühnenaufführungen Arbeiterveranstaltungen zu nennen.

Zugsentgleisung bei Görkau. Sonntag abends stieg dem von Komolau in der Richtung gegen Vodenbach gehenden Personenzug Nr. 1.018 auf der Strecke zwischen Görkau und Eisenberg ein Unfall zu, der glücklicherweise für die Passagiere glimpflich verliefen ist. Bei der Ortschaft Dje s entgleiste die Maschine und mit ihr neun Waggons und die Garnitur fuhr noch eine Strecke auf den Bahnschwellen weiter, ohne daß jedoch ein Wagen zum Umkippen kam. Der Verkehr auf dieser Strecke ist dadurch unterbrochen worden und kann nur durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Die Mitreisenden des schweren besetzten Zuges wurden dadurch tüchtig durcheinandergeschüttelt, kamen aber mit dem bloßen Schrecken davon. Es wird Sache der Staatsbahnbehörden sein, eine strenge Untersuchung über die Ursachen dieses Vorfalles einzuleiten, der bei einem anderen Ausgang vielen Menschen das Leben hätte kosten können. Wenn die Leute schon die teuren Fahrpreise bezahlen, dann müssen sie wenigstens die Gewähr haben, daß nicht aus Nachlässigkeit oder falsch angebrachte Ersparungsmaß mit ihrem Leben und ihren gesunden Gliedern hasardiert wird. Hoffentlich wird der Verantwortlichkeit über die Ursachen des Unfalles durch die Bahnbehörden eine ordentliche und erschöpfende Aufklärung zuteil.

Noch ein Zugsunfall. Die Direktion Nord der Staatsbahnen teilt mit: Am 1. März fuhr um 22.08 Uhr infolge Versagens des Signals der Lastzug Nr. 475 in der Station Linisch

an der Adler auf den ausfahrenden Zug Nr. 2164. Vier Wagen entgleisten und versperrten die Fahrt nach Geiersberg. Verletzt wurde niemand. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Störung war Montag um 8 Uhr beseitigt.

Die Vollversammlung der deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik findet Mittwoch, den 12. ds. im Spiegelsaal des Deutschen Hauses in Prag statt. Auch Nichtmitglieder haben freien Zutritt. Auf der Tagesordnung steht außer den Berichten ein Vortrag des Staats- und Völkerrechtslehrers R. H. Stagsabgeordneter Prof. Dr. Walthers Schüding (Berlin) über das Thema „Die Zukunft des Völkerbundes“. Abg. Prof. Dr. Schüding wird Donnerstag, den 13. ds. in Tepliz-Schönau, Freitag, den 14. ds. in Reichenberg und Sonntag, den 16. ds. in Brünn über dasselbe Thema sprechen. In Tepliz-Schönau dürfte anlässlich des Vortrages ein Zweigverein der deutschen Völkerbundliga gegründet werden.

Feuerbestattung in Prag. Im Prager städtischen Krematorium wurden vom 1. bis 29. Feber 1924 150 Personen, darunter 90 Männer, 54 Frauen, fünf Knaben und ein Mädchen eingeschert. Nach ihrem Religionsbekenntnis waren es 95 Katholiken, 17 Angehörige der tschl. Kirche, sieben Lutheraner, vier Israeliten, drei Orthodoxe, ein Methodist und 32 Personen ohne Religionsbekenntnis. 120 der Einscherteten waren Bewohner von Groß-Prag, die übrigen Fremde.

Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, Zentralkanzlei Tepliz-Schönau, Schmetzplatz 9, hat mit 21. Feber 1924 seine eigene Fernprekstelle erhalten und ist nunmehr unter Nr. 1.060 telefonisch zu erreichen.

Entsetzliche Tat eines Sadisten. Der 24jährige Wenzel R. in Pilsen lodte ein neunjähriges Mädchen in einen Keller, steckte es in einen Sack und betäubte es mit Hammerschlägen. Das sadistische Motiv entzündende Verbrechen wurde noch rechtzeitig entdeckt; der Täter, der bereits einmal wegen ähnlicher Untat gerichtlich verfolgt worden war, wurde verhaftet. Das Mädchen ringt im Hospital mit dem Tode.

Sozialistenhege in Frankreich. In Brest kam es anlässlich einer Wahlversammlung der Sozialisten, an der über 2000 Personen teilnahmen, zu Ausschreitungen, welche von den Gegnern der Partei hervorgerufen worden sind. An der Versammlung nahm auch Abg. Leon Plum teil. Es kam zu Schlägereien, bei denen die Polizei einschreiten mußte. Zwei Polizeikommissare wurden verprügelt, drei Personen verhaftet.

Deutschland rüstet? Die Pariser Blätter beharren auf dem Standpunkte, daß das Dresdner Telegramm, mit welchem ein Unglücksfall im militärischen Laboratorium mitgeteilt worden ist und dem sieben Personen zum Opfer gefallen sind, die Tatsache enthält, daß die deutsche Armee ein neues Gas besitze, welches aus Cyan-Wasserstoff erzeugt ist, farblos, geschmacklos und geruchlos sei, dabei aber vernichtendere Wirkung auslöse als die im Kriege verwendeten Gase.

Ermordung eines italienischen Sozialistenführers. Wie in der italienischen sozialistischen Presse berichtet wird, ist in Reggio Emilia der maximalistische Kandidat Pizzini ermordet worden. Er war unter Berufung auf einen oppositionellen Parteiführer zu einer oppositionellen Versammlung abgeholt worden, die aber, wie festgestellt worden ist, nicht stattgefunden hat.

Die Leipziger Messe wurde Sonntag vormittags eröffnet. Gleich nach der Eröffnung der Messehäuser setzte der Messeverkehr und das Geschäft in ungewöhnlicher Stärke ein. Bereits in den Mittagstunden betrug die Zahl der geschäftlichen Besucher auf Grund der abgegebenen Einläuferabzeichen und Ausstellerkarten über 120.000, ein bisher am ersten Tage auf keiner Messe erreichter Rekord.

Das Urteil im Wiener Sadistenprozeß. Samstag wurde im Radivexprozeß das Urteil gefällt. Die Radivex erhielt sechs Jahre Kerker, Rotondi wurde zu acht Monaten bedingt und Walter Lauffig zu sechs Monaten Arrest bedingt verurteilt. Dr. Bachsteß und Degraßi wurden freigesprochen; vorher war die Anklage gegen Leopold Chumecch und Hermann Romberg zurückgezogen worden.

Ein Erfolg der sozialistischen Hochschüler in Wien. Aus Wien wird uns berichtet: Der Hochschülerschuh sozialistischer Studenten hat an den Akademischen Senat eine Eingabe gerichtet, worin er gegen die Anerkennung der sogenannten Kammer der deutschen Studentenschaft als einzige Studentenvertretung an der Universität Einspruch erhebt. Heute sprachen Vertreter der sozialistischen Studenten beim Rektor wegen der Anerkennung des sozialistischen Hochschülerschuhes vor. Im Verlaufe der Verhandlungen versprach der Rektor, die überreichten Eingaben an den Akademischen Senat weiterzuleiten und gab die Erklärung ab, daß er den Hochschülerschuh der sozialistischen Studenten als eine der Kammer der deutschen Studenten gleichberechtigte Körperschaft anerkenne und ihm die gleichen Rechte einräumen werde, die die Kammer habe oder später erhalten werde.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhofe Saint-Lazare (Frankreich) ist es infolge falscher Weichenstellungen zu einem Eisenbahnunglück gekommen, bei dem zwei Personen den Tod fanden und circa fünfzehn verletzt wurden.

Das spanische Direktorium hat die Demission des Generals Aguilera, des Vorsitzenden des Obersten Kriegsrates, angenommen.

Hilda Hanika zum Tode verurteilt.

Franziska Charvat zu 20 Jahren, Veselej zu drei Jahren schweren Kerkers.

Brünn, 3. März. Heute wurde im Hanikaprozess das Urteil gefällt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden verurteilt: Hilda Hanika zum Tode durch den Strang, Franziska Charvat zu 20 Jahren, der Angeklagte Veselej zu drei Jahren schweren Kerkers.

Das mit allgemeiner Spannung erwartete Urteil im Hanikaprozess, das heute um drei Uhr nachmittags gefällt wurde, muß ein hartes genannt werden. Die Geschworenen, die bei diesem Mordprozeß der Gerechtigkeit Gemühtung verschaffen sollten, hätten nicht außer Acht lassen dürfen, daß die Schuld der Angeklagten Hanika durch das Beweisverfahren nicht voll erbracht wurde. Daß sie ein schwangeres Weib zum Tode durch den Strang verurteilen konnten, haben sie ja schließlich mit ihrem eigenen menschlichen Empfinden auszumachen. Wenn man die Durchführung des Beweisverfahrens genau verfolgt hat, so konnte man nicht übersehen, daß bei der Klärung des ehelichen Verhältnisses der Angeklagten Hilda Hanika viel zu wenig auf die Einstellung des Ermordeten zu dieser Ehe Rücksicht genommen wurde. Mag die zum Tode Verurteilte auch in hohem Maße die Schuld tragen, die ihr an dem Zerwürfnis ihrer Ehe beigemessen wird, so darf man nicht dergleichen, daß diese Beurteilung immer nur eine einseitige sein konnte: denn Kapitän Hanika, der andere maßgebende Teil in dieser Ehe ist ja tot und hat darum über seine Schuld oder Unschuld selbst nicht Rede stehen können.

Noch eines hätten die Geschworenen bedenken müssen: Seit Wochen schon ist in der Sensationspresse wie in der Bevölkerung gegen die beiden angeklagten Frauen Stimmung gemacht worden. Diese Stimmungsmache war geeignet, auf den Verhandlungsengang, auf die einzelnen bei der Durchführung des Prozesses in Betracht kommenden Personen, ja auch auf die Geschworenen selbst Einfluß zu nehmen. Das alles hätten die Geschworenen erwägen müssen. Wenn man auch nicht gegen sie den Vorwurf der Parteilichkeit erheben will, so muß man bei der überraschenden Härte des Urteils es als erwiesen annehmen, daß sie sich von allen Umständen, die gegen die angeklagten Frauen sprachen, oder erst zum Sprechen gebracht wurden, stark beeinflussen ließen.

Brünn, 3. März. (Eigener Bericht.)

In der heutigen Vormittagsverhandlung ergriff zuerst Dr. Vochmann als Verteidiger der Charvat das Wort. Es gelang ihm, zahlreiche für seine Klientin günstige Momente hervorzuheben. So führte er z. B. aus, daß Veselej bereits in Prag von Hilda zum Tode überredet wurde, also bevor er mit der Charvat in Verbindung kam. Dann wies er dem Veselej einige Unrichtigkeiten in seinen Ausführungen nach und bat zum Schluß seiner Rede um ein gerechtes Urteil für seine Klientin.

räumlich begrenzt und deshalb konnte die Zahl der Teilnehmer selten 2000 bis 3000 übersteigen.

Anders soll es nun beim ersten Reichsjugendtage sein, den der Sozialistische Jugendverband für Pfingsten 1924 (8. und 9. Juni) angelegt hat. Aus allen Teilen des Landes sollen da die Jugendgenossinnen und -Genossen zusammenkommen, um mitzudemonstrieren für die großen Ideale des Sozialismus und um zu zeigen, wie groß die Echar jener ist, die zu der sozialistischen Jugendbewegung stehen. Der Reichsjugendtag soll auch ein Tag frohen, unvergesslichen Erlebens für alle sein, die an ihm teilnehmen. Er soll das Symbol der heutigen Jugendbewegung sein. Alles, was in ihr lebt und wirkt, soll dabei sichtbar zum Ausdruck kommen. Es wäre möglich, heute schon ein genau umrissenes Programm für den Reichsjugendtag aufzustellen. Dieses soll ja aus der Bewegung selbst werden. Die Verbandsleitung, der die Vorarbeiten obliegen, kann nur den Rahmen dafür schaffen. Es sei nur kurz angedeutet, wie der Verlauf des Reichsjugendtages gedacht ist.

Bereits am Pfingst-Samstag sollen die Teilnehmer in Teplitz-Schönau eintreffen. Für entsprechende Unterkunft wird vorgesorgt sein. Der Abend wird die Teilnehmer in Teplitz bei einem Höhenfeuer am Schöberge vereinigen, dem ein Fackelzug folgen soll. Am Sonntag sollen die großen und schönen Räume des neuen Theaters in Teplitz unsere kunstfertigen Jungen und Mädchen aufnehmen. Wenn der Platz nicht ausreicht, wird für andere künstlerische Veranstaltungen in anderen Räumen vorgesorgt werden. Um die Mittagsstunde werden sich die Teilnehmer zu einer gewaltigen Kundgebung versammeln, bei der die Führer der Partei und der Jugendinternationale sprechen werden. Am Nachmittag wird sich die Jugend auf einem schönen Fleckchen Erde zusammenfinden, um ein Fest zu feiern. Da soll vor allem der jugendliche Frohsinn zu Worte kommen. Der Montag soll für Wanderungen in die Umgebung und für zwanglose Veranstaltungen zwischengehalten sein. Die führenden Genossinnen und Genossen aber soll eine ernste Führerwortsprache vereinigen, bei der wichtige Probleme der Bewegung beraten werden sollen. Am Nachmittag soll die Feiertage angetreten werden. — Dieser Rohmen des Programmes ist natürlich nur ganz skizzenhaft und kann Abänderungen und Erweiterungen unterworfen sein, doch läßt er wohl schon erkennen, wie reichhaltig und schön der Jugendtag werden wird.

Die Beteiligung am ersten Reichsjugendtage

Der Staatsanwalt benützte seine Republik wieder zu einer Verteidigungsrede für Veselej.

Dr. Baumel brachte noch einige günstige Momente für Veselej vor.

Dr. Goller griff in satirischer Weise wieder das Publikum an, von dem er nach seiner samstägigen Rede nicht vermutet habe, daß es noch kommen werde. Er zeigte die Reste des Tagebuchs, die er gestern gefunden hatte, da ihn die „Morodni listy“ als „Fälscher“ darstellten.

Dr. Vochmann hat die Geschworenen, sich nicht von äußeren Einflüssen, von der Presse und der Gasse lenken zu lassen. Dann hielt der Vorsitzende sein zweistündiges Resümee und die Rechtsbelehrung an die Geschworenen.

Die Beratung der Volkrichter dauerte bis nach zwei Uhr, dann verkündete ihr Obmann ihre Entscheidung:

Die erste Frage (auf Mord Hanikas durch Veselej) wird mit neun Stimmen, die zweite (Uebertretung des Waffenpatentes) mit zwölf Stimmen bejaht.

Die Frage auf Anstiftung zum Morde durch Hilda Hanika wird mit zehn Stimmen bejaht, die auf Anstiftung durch Franziska Charvat mit elf Stimmen verneint, die Frage auf ihre entfernte Beihilfe mit neun Stimmen bejaht.

Bei allen drei Angeklagten wurden die Zusatzfragen (auf niedrige und unehrenhafte Gründe) bejaht.

Der Staatsanwalt zog sich zu einer viertelstündigen Beratung zurück; dann verkündete der Vorsitzende das Urteil.

Veselej nimmt die Strafe an. Die Verteidiger der Hanika melden Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung an, Dr. Vochmann die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Veselej und Hanika, die schon während der heutigen Verhandlung von starkem Unwohlsein befallen worden waren, weinend ununterbrochen.

Die Charvat, die während der ganzen Verhandlungszeit den gefestigsten Eindruck gemacht hatte, nimmt auch das Urteil mit ziemlicher Fassung entgegen.

Das Publikum im Saale begrüßte das Todesurteil mit Händeklatschen! Vor dem Gerichtsgebäude stand eine unüberschaubare Menge — es wird wohl vor allem die Boghi-Gemeinde und das Gefindel, das die Brünnner Tingelangel täglich bevölkert, gewesen sein —, die die Nachricht über den Abschluß der erschütternden Tragödie beifällig aufnahmen und nach der todeslangen gründlichen Präparierung durch die entsehlige Kriminal- und Standalpresse am liebsten auch der sofortigen Vollstreckung des Todesurteils beigewohnt hätte.

wird voraussichtlich sehr groß sein. Heute schon sind viele Teilnehmer aus allen Teilen der Tschechoslowakischen Republik gemeldet. Ueberall wird eifrig gerufen, einige Kreisorganisationen haben eigene Reisespartaken eingeführt. Auch aus dem Ausland sind schon Anmeldungen eingelangt. So werden z. B. aus dem benachbarten Sachsen 2 bis 3000 Jugendliche nach Teplitz kommen. Auch aus anderen Teilen Deutschlands und aus Österreich ist ein größerer Besuch zu erwarten. Da darf natürlich die Arbeiterjugend in der Tschechoslowakei nicht zurückstehen, sie muß alles aufbieten, um ihren ersten Reichsjugendtag zu einer gewaltigen Kundgebung zu machen.

Den Jugendtag in Teplitz sollen aber nicht nur die Jungen, sondern auch die Mütter besuchen. Sie sollen sich einmal die Arbeit der Jugend ansehen — sie werden Hoffnung daraus schöpfen für die Zukunft.

Alle Freunde der Jugend werden darum ersucht, sich diese Pfingsttage freizubehalten und am ersten Reichsjugendtage teilzunehmen. Sie werden sehen, daß ihr Werk einmal in gute Hände übergeben wird.

Volkswirtschaft.

Handelsvertrag zwischen Italien und der Tschechoslowakei. Samstag wurden in Rom die Ratifikationsurkunden des Handels- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen Italien und der Tschechoslowakei, des Abkommens über die Konzessionen und die dem tschechoslowakischen Handel im Hafen von Triest gewährten Erleichterungen sowie des Abkommens rechtlich finanzieller Natur ausgetauscht. Gleichzeitig wurde ein Nachtragsabkommen zu dem erwähnten Handelsvertrage, ein Konsularabkommen und ein Abkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet, welches die Doppelbesteuerung verhindern und weitere Fragen betreffend die direkten Steuern regeln soll. Das Nachtragsabkommen zu dem Handelsvertrage bietet durch gegenseitige Erleichterungen in den Zolltarifen eine vollständige Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten, die bisher nur durch die Klauseln über die gegenseitigen Begünstigungen der Borgnationen garantiert waren. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten sind gleichfalls durch das Konsularabkommen geregelt.

Vor einem Streik der Textilarbeiter in Freiwaldau. Die Firma Regenhardt u. Raimann, Reinweberei in Freiwaldau, hatte, ohne die Ar-

beiter zu befragen, 45 Weber in der mechanischen Weberei gezwungen, anstatt auf zwei auf drei Stühlen zu arbeiten. Für die Artikel bei den drei Stühlen wurde der Lohn um 30 Prozent herabgesetzt. Als sich die Arbeiter weigerten, auf drei Stühlen zu arbeiten, wurden sie gefänglich. Gegen dieses Dreistuhlsystem und gegen die Kürzung des Lohnes erhob sich in mehreren Versammlungen die gesamte Arbeiterschaft der Firma. Es wurde die Zurücknahme der Verfügung verlangt, und als eine Einigung bei mehreren Verhandlungen nicht zu erzielen war, beschloffen die Arbeiter in einer Versammlung am 3. März, die Arbeit niederzulegen. An dem Kampfe sind 1200 Arbeiter beteiligt; für die Union der Textilarbeiter führt der Genosse Senator Link die Verhandlungen.

Die Zentralbank der tschechischen Sparkassen in Prag hatte von der Gemeinde Králov für eine Kutz vor dem Kriege bewilligte Anleihe den Betrag von drei Millionen Kronen zu fordern. Die Bank hat der Gemeinde der Stadt Králov vorgeschlagen, die Rückerstattung dieses Darlehens bis zur definitiven Erledigung der privatrechtlichen Verpflichtungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen im Wege einer zwischenstaatlichen Abmachung zu verschieben. Die Angelegenheit war jetzt Gegenstand einer Beratung der Finanzsektion der Králov Stadtgemeinde, und es wurde beschlossen, die Anleihe der Prager Bank am Verfallstage in polnischen Mark nach der Relation Gráski, d. i. 70 poln. Mark für 100 österreichische Kronen zurückzuführen. Auf diese Weise würde die Stadt Králov für eine im Jahre 1913 erhaltene Anleihe in der Höhe von drei Millionen Kronen 2.100.000 polnische Mark zurückzahlen.

Die Kohlenförderung in der Tschechoslowakei im Jahre 1923. Ueber dieses Thema veröffentlicht Sektionschef Dr. Fischer einen Artikel, in dem unter anderem angeführt wird: In Tätigkeit waren 344 selbständige Unternehmungen, davon 186 Steinkohlen- und 208 Braunkohlenwerke. Im ganzen wurden gefördert 11.624.748 Tonnen Steinkohle und 16.202.495 Tonnen Braunkohle. Außerdem 1.810.586 Tonnen Koks. Angestellt waren im gesamten Kohlenbergbau 110.236 Personen, wovon im Steinkohlenbergbau 68.895 und im Braunkohlenbergbau 41.361 beschäftigt waren. Die durchschnittliche Schichtförderung betrug bei Steinkohle 741 Kilogramm, bei Braunkohle 1792 Kilogramm, was gegen die Jahre 1919 bis 1920 eine bedeutende Mehrleistung ist. Denn in diesen Jahren betrug die Durchschnittsleistung bei Steinkohle 595 bzw. 557 Kilogramm, bei Braunkohle 1447 bzw. 1355 Kilogramm. Die Ausfuhr von Steinkohle betrug 1.736.183 Tonnen, von Braunkohle 2.132.815 Tonnen sowie 618.878 Tonnen Koks und 183.843 Tonnen Briketts. Der größte Teil der Ausfuhr ging nach Deutschland und Österreich.

Die Baubewegung in der tschechoslowakischen Republik von 1921 bis 1923. Seitdem das Gesetz über die Baubewegung besteht (das ist seit Jänner 1921 bis Ende 1923), wurden nach einer halbamtlichen Zeitschrift des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in diesem Ministerium Projekte für den Bau von 16.845 Häusern mit 31.953 Wohnungen mit einem Bauaufwand von rund 2775 Millionen Kronen behandelt, für welche eine staatliche Subvention von rund 2066 Millionen beantragt war. Davon entfallen auf das Jahr 1921 1999 Häuser, auf das Jahr 1922 4148 und 1923 10.698 Häuser.

Auch in Frankreich Eisenbahnbesitz. Auf eine Anfrage des französischen Abgeordneten Delesalle über den Güterverkehr und den Fehlbetrag der französischen Eisenbahnen in den Jahren 1921, 1922 und 1923 erteilte der Minister der öffentlichen Arbeiten eine Antwort, aus der sich — mit dem Vorbehalt, daß es sich für 1923 um vorläufige Zahlen handelt, und daß die Angaben einige unbedeutende Linien nicht berücksichtigen — folgendes entnehmen läßt:

Jahr	Güterverkehr Tonnen	Fehlbetrag Millionen
1921	191,611,906	2088
1922	220,708,420	1114
1923	249,211,058	1288

Schwere Schiffsverluste beim englischen Kohlenhandel. Das glänzende englische Kohlengeschäft hat eine weniger erbauliche Rehrseite. Die erstaunlich große Zahl von schweren Schiffsunfällen beim Kohlentransport über die Nordsee und über den Kanal hat das englische Handelsministerium veranlaßt, zur Feststellung der Ursachen einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Die englische Blätter berichten, soll der Verlust an Menschenleben während des Jahres 1923 beim Kohlentransport über See ebenso groß sein, als die tödlichen Unglücksfälle im englischen Bergbau unter Tage. Die starke Nachfrage nach Schiffsraum hat zur Charterung von Fahrzeugen der bedenklichsten Bauart geführt, so daß es als ein Wunder erscheint, daß sich zur Bemannung die erforderlichen Seeleute gefunden haben. Es waren Schiffe darunter, die zwischen 50 und 60 Jahre alt sind und die nach nothdürftiger Reparatur immer wieder zu neuen Reisen Verwendung fanden. Die kundigen Versicherungsgesellschaften sind bei der Annahme von Risiken recht vorsichtig geworden, weniger erfahren und besonders junge Gesellschaften waren weniger vorsichtig und haben daher großen Schaden erlitten. Eine Aufstellung des „Manchester Guardian“ berechnet an Schiffsverlusten beim Kohlentransport (ohne Segelschiffe und unter Auslassung von Schäden unter 50 Prozent des Wertes) für 1922 26 Fahrzeuge, für 1923 32 Fahrzeuge. Allein in den ersten 14 Tagen des Jänner 1924 erlitten 16 Kohlenfahrzeuge mehr oder weniger schwere Sabotagen.

Zum ersten Reichsjugendtag des Sozialistischen Jugendverbandes.

Pfingsten 1924 in Teplitz-Schönau.

Jugendtage, wie wir sie kennen, gibt es in der sozialistischen Jugendbewegung erst seit einigen Jahren. Vor dem Kriege waren die Feste der Arbeiterjugend Feste im alten Stil mit Bier und Tanz und Blasmusik. In den Jahren 1919 bis 1920, den Jahren des sprunghaften Anschwellens der sozialistischen Jugendbewegung, setzten die Jugendtage ein, ohne daß es zunächst gelang, auf ihre Programme im Sinne der Kulturideen des Sozialismus einzuwirken. Erst nach der Spaltung entwickelten sich die Jugendtage zu dem, was sie heute sind: zu lebendigen Demonstrationen der kulturellen Ziele und des Willens der sozialistischen Jugendbewegung. Radikal brach die Jugend mit vielem Althergebrachten; ihre Feste wurden alkoholfrei, sie ging in den Wald oder auf schöne Wiesen, in den Programmen standen künstlerische Theateraufführungen an der Spitze, auf den „Festplätzen“ tummelte sie sich im Volkstanz und spielte ihre Jugendspiele. Daneben fehlten auch machtvoll Demonstrationen, oft mit internationalem Charakter, nicht. Heute wäre unsere Jugendbewegung ohne Jugendtage nicht mehr denkbar.

Jugendtage haben aber wie alle wirklichen proletarischen Feste noch eine weitere Bedeutung: Sie wollen dem einzelnen und der Dessenlichkeit zeigen, wie groß die Masse ist, die in einer Bewegung steht. Dadurch erwecken sie Begeisterung und Mut zu neuer Arbeit. So eindrucksvoll die Kreis- und Bezirksjugendtage auch in dieser Hinsicht immer waren, so war das Gebiet, aus dem sie die Arbeiterjugend zusammenführen konnten,

Vor einem Streik der französischen Bergarbeiter. Die zwischen den Bergarbeiterorganisationen des nordfranzösischen Industriegebietes und den Zeichenbesitzern geführten Verhandlungen wegen einer den gestiegenen Lebenshaltungskosten entsprechenden Erhöhung der Löhne sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Unternehmer haben die Erklärung abgegeben, daß sie angesichts der neuen Steuererhöhung und der auf Betreiben der Regierung der Allgemeinheit zugestandenem Herabsetzung der Kohlenpreise außerstande seien, die Forderungen der Arbeiter ganz oder teilweise zu bewilligen. Von den Gewerkschaften war eine Erhöhung der Löhne um drei Frank pro Schicht, von den Kommunisten eine solche in doppelter Höhe gefordert worden. Das einzige Zugeständnis, zu dem sich die Unternehmer bereit erklärten, ist die Weiterzahlung der den Verheirateten am 1. November bewilligten Familienzulage bis zum 30. Juni. Unter der Bergarbeiterschaft aber herrscht wegen der Ablehnung der Forderungen starke Erregung. In Gewerkschaftskreisen rechnet man mit der Möglichkeit eines Streikbeschlusses.

Bildungsarbeit.

Schlesische Bildungsarbeit.

In der letzten Februarwoche veranstalteten die schlesischen Arbeiterbildungsvereine eine Anzahl außerordentlich gut besuchter Vorträge, die von Gen. Eutpold Stern gehalten wurden. In Benisch (Montag) sprach Gen. Stern über „Kultur und Sozialismus“ (Die Gründung einer Kinderfreundengruppe wurde in Angriff genommen), tags darauf in Jägerndorf über „Kind und Sozialismus“ (die Jägerndorfer Tagesheimstätte für Arbeiterkinder steht vor ihrer Eröffnung), am Mittwoch in Oderberg über „Sozialistische Weltanschauung“ (dem Vortrag folgte eine rege Diskussion), Donnerstag in Reutitschein über den „Weg zum sozialistischen Menschen“ und Freitag in Wigstadt über „Sozialistische Erziehung“. Die Vorträge wurden von weit über tausend Arbeitern und Arbeiterinnen besucht.

Eine Parteischule.

Die Brüner Parteischule, die am 1. Oktober begonnen hatte, wurde vor wenigen Tagen (am 28. Febr.) mit gutem Erfolge zu Ende geführt. In 54 Vortragstunden (jeweils Montags und Donnerstags) führten 12 Lehrkräfte 30 sorgsam ausgewählte Schüler in die Gedankenwelt des Sozialismus ein. Die Programme der politischen Parteien, die Verfassung der Tschechoslowakei, die Geschichte der Internationalen, die Grundbegriffe der Gemeinde- und Landesverwaltung wurden ausführlich dargestellt. Einer Einführung in die Geschichte folgten Lehrstunden über Genossenschaftswesen, Frauenbewegung, Jugendprobleme, Bildungsfragen, Alkoholismus. In acht Stunden wurde Arbeiterschutz und Arbeiterrecht dargestellt. Zu Beginn der Vorlesungen empfahl jeder der Lehrkräfte den Schülern grundlegende Schriften. Die meisten Hörer schafften aus ihren geringen Mitteln eine kleine, gut ausgewählte Bücherei an. Diskussionen über Masse und Nation, Volksbildung und Parteibildung, Religion ist Privatsache) führten noch tiefer in den Wissensstoff ein. Elf Parteischüler, die bisher in der Bewegung nicht tätig waren, stellten sich für Arbeiten in der politischen und kulturellen Organisation zur Verfügung.

Literatur.

Eingelassene Bücher und Zeitschriften. „Dort, wo der Menschheit Wiege stand“ von Dr. O. Hauser. „Die Urentwicklung der Menschheit“ von Dr. O. Hauser. „Das neue Vaterunser“ von Prof. Immanuel Herrmann. (Sämtliche im Verlag, Volksbuchhandlung Jena.) — „Der letzte Priester“ von Ernst Brauchlin. „Arbeiter-Chor“ von Johann Mäca.

„Aphorismen“ von Johann Ferch. „Stern und und Reineck“, Märchen von Josef Bengel. „Der Traum des Zauberbuchs“, Märchen von Maria Szuejch. „Internationale proletarischer Freidenkerkalender“. „Freidenkerfamilienkalender“. (Sämtliche in der Verlagsanstalt für proletarische Freidenker, Dresden.)

Kunst und Wissen.

„Tausend und eine Nacht“, Johann Strauß erste, ursprünglich unter dem Titel „Indigo“ in Szene gegangene Bühnenschöpfung, die am Sonntag im Neuen Deutschen Theater neueinstudiert zur Aufführung gelangte, gehört zu jenen Operettenwerken, die man zur Gesundung der gegenwärtigen Kunstmoral und zur Veredlung des Operettengeschmacks des modernen Theaterpublikums öfter aufgeführt wissen möchte. Ihre Wiederaufnahme in den Spielplan ist daher nur zu begrüßen. Wehmütig denkt man beim Anhören dieser Operette an das große Sterben der guten alten Gesangs- und Ensembleoperette, seit die moderne Tanzoperette nicht nur den Geschmack des Publikums mehr und mehr verdorben, sondern auch der Operettengattung selbst eine ganz neue, ausartende Richtung gegeben hat. Sicher hätte der melodienreiche Altmeister der Tanzmusik Johann Strauß der Tanzoperette einen ganz anderen Aufschwung gegeben, als alle unsere modernen Operettenfabrikanten zusammengenommen. Denn der überströmende Reichtum dieser Erstlingsoperette des Wiener Walzerkönigs an Melodie, Rhythmus und eingänglicher Harmonie wirkt auch heute noch überzeugender und lebendiger als alle Schlagermusik der modernen Operettensensationalisten. Die Aufführung der stellenweise ganz opernmäßig anmutenden Operette verdient uneingeschränktes Lob. Die Damen Sillioh, Ferry und Longauer sowie die Herren van dem Bruich, Gabel und Berger stellten ein prächtig zusammengestelltes Ensemble auf die Bühne, als dessen musikalischer Leiter Kapellmeister Waigand und als dessen ordnender Geist hinter der Szene Herr Stadler ihre besten Kräfte eingesetzt hatten. —ek.

Guido Reif. Vor einem nicht zu zahlreichen, aber freundlich gesinnten Publikum las vorgestern im Mozartsaal Herr Guido Reif, ein junger Prager, Proben aus seinen Novellen, Balladen und einem Akt aus einer Tragödie „Läuterungen“. Er trägt mit einem Pathos vor, das ganz gut eine Mäßigung zugelassen hätte. Am besten wirkte die Novelle „Margarethe“, die Ansätze einer epischen Gestaltungskraft ahnen läßt, wenn sich auch Reif stofflich in sonderbarer Abhängigkeit von einer ganz veralteten Romantik mit „Kauz, Eule und Uhu“ befindet. Nicht genug kann er dagegen davon gewarnt werden, Verse deshalb für ein Gedicht zu halten, weil sie sich schlecht und recht — aber schon mehr schlecht als recht — reimten. Dr. K. E.

Drei Gastspiele von Eris Tiroler Bühne. Das Ensemble der Eris-Bühne wird nach einer längeren Reihe von Jahren kommenden Samstag mit einer Nachtvorstellung ein mehrabendliches Gastspiel eröffnen. Für diese erste Vorstellung, die im Neuen Theater, Beginn 10 Uhr, stattfindet, ist der Schwank „Das Jungferntuch“ angesetzt. Am Sonntag, den 9. wird das Ensemble dann sowohl nachmittags wie abends in der Kleinen Bühne spielen und bei beiden Vorstellungen die ländliche Komödie „Der Ehestreit“ zur Aufführung bringen. Als vierter Abend ist für Montag, den 10. d. im Neuen Theater Ganghofer's „Heiliger Nat“ angesetzt.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Der Fürst von Pappenheim“; Mittwoch Gastspiel Jicha-Mayr „Don Juan“; Donnerstag „Tausend und eine Nacht“; Freitag Gastspiel Jicha-Mayr „Figaros Hochzeit“; Samstag „Von Morgens bis Mitternachts“, abends 10 Uhr Nachtvorstellung der Tiroler Eris-Bühne „Das Jungferntuch“; Sonntag abends „Die Zauberflöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag „Die deutschen Kleinstädter“; morgen Mittwoch „Dorine und der Zufall“; Donnerstag Harleben-Abend „Erziehung zur Ehe“, „Lore“; Freitag Vorstellung des Verbandes der Bank- und Sparkassabeamten „Wauwau“; Samstag abends, „Der Vetter aus Dingsda“; Sonntag 8 Uhr und abends „Der Ehestreit“.

Turnen und Sport.

Slavia gegen Viktoria Zikow 1 : 1 (0 : 1). Der Platz, halb Sumpf, halb See, ließ kein reguläres Spiel zu. Gefährliche Situationen wurden unausgenutzt gelassen, weil entweder der Ball oder die Spieler selbst im Rote steden blieben. Dagegen entstanden oft aus harmlos aussehenden Angriffen aus demselben Grunde gefährliche Momente. Das Vorward der Slavia war besonders benachteiligt, da es nicht sein flaches Kombinationspiel entfalten konnte, dagegen greift Viktoria energisch an und erzielt auch in der achten Minute durch Rates ihr Goal. Die Slavia versucht halbhohe und hohe Spiel, kann jedoch gegen die schnelle und technisch gute Viktoriaverteidigung nicht aufkommen. In der zweiten Halbzeit haben sich die Slaviastürmer mit den Bodenverhältnissen bereits abgefunden und spielen auf Ausgleich. Pleticha wirkt immer wieder seinen Angriff nach vorn. In der ersten Minute gleicht Sliny, der sich sehr gut einführte, aus. Bei einem Angriff der Slavia deckt Benda am Boden liegend den Ball mit dem Körper, wird von Sliny angegangen und verletzt, so daß er vom Platz getragen werden mußte. Da der Schiedsrichter Sliny nicht ausschließt und die Slavia scheinbar keinen anderen Goalmann eintreten läßt, weigert sich die Viktoria weiterzuspielen und tritt ab. Auf dem schwierigen Terrain, auf dem sich nur gute Technik und Ausdauer bewährte, gefielen besonders gut F. Foyer, Kristal, Pleticha und Seifert.

Deutsche Sportbrüder gegen Sparta Köfze 5 : 0 (3 : 0). Das Spiel wurde vom Schiedsrichter zehn Minuten vor Schluß wegen Verletzung durch einen Spartaspieler abgebrochen. Die Sportbrüder waren in glänzender Form und siegen verdient.

Probier- und Auslandsfußball. Brünn: Zidenice gegen Slavo-Zikow 2 : 1 (abgebrochen), Nalabí gegen Vorwärts 4 : 0 (2 : 0), Mor. Slavia gegen S. R. Mor. Ostrava 2 : 2 (1 : 2). — Troppau: D. S. B. gegen Troppau Sp. R. 10 : 0 (4 : 0). — Königgrätz: Brüner S. R. gegen Grader Králove 4 : 0 (2 : 0). — Wien: Admira gegen Pertha 1 : 0, Sportklub gegen Wacker 3 : 2, Slovian gegen Simmering 6 : 4 (Floridsdorf gegen Red Star 3 : 2. — Glasgow: Schottland gegen Irland 2 : 0. — Dresden: Guts Muth gegen Teplitzer F. R. 2 : 0.

D. F. C. gegen D. S. B. Wittowitz 12 : 0. Der D. F. C. eröffnete die Frühjahrssaison mit einem Meisterschaftsspiel gegen Wittowitz. Die Gäste, eine

junge Mannschaft, waren den Hausherrn auf dem vollkommen durchweichten Boden, der stellenweise einem See gleich, keinen Augenblick gefährlich und können mit dem Resultate, das bei regulären Verhältnissen noch höher gewesen wäre, zufrieden sein. D. F. C., der ohne Patel, Bobor und Feller antrat, siegte wie er wollte. Hervorzuheben wäre Leß, der wieder in Form zu kommen scheint und auf dem nassen Boden seine Technik zur Geltung bringen konnte. Das Spiel war insolge der Bodenverhältnisse reich an lustigen Momenten, hatte jedoch keinerlei sportlichen Wert.

Sparta gegen Meteor Vinohrady 7 : 0. Sparta fertigte Sonntag überraschenderweise ihren Gegner mit sieben Goals glatt ab. Meteor enttäuschte vollkommen, was wohl zum Teil auf den irregulären Boden zurückzuführen ist, welcher den Spartaleuten besser behagte. Rehal, der nach seinem Dresdner Spiele als der kommende Goalgetter bezeichnet wurde, versagte. Das Spiel bot nichts Interessantes.

Weltmeisterschaften im Eisschnelllaufen. Seltingfors, 1. März. Die heute veranstalteten Weltmeisterschaften im Eisschnelllaufen über 500 Meter und 5000 Meter gestalteten sich ungeachtet der starken internationalen Konkurrenz zu einem Duell zwischen den Norwegern und Finnländern. Die 500 Meter gewann Thumberg (Finnland) in 45 Sekunden vor Wallenius (Finnland) 45,4 Sek. Dritter: Roald Larsen (Norwegen). 5000 Meter gewann sicher Roald Larsen (Norwegen) in 8 : 54,5 Min. vor Vitalis. Den dritten Platz besetzte Ballengrund (Schweden) vor Skutnabb und Thumberg.

Eishockey. D. I. M. i. h. : Slavia gegen S. R. D. I. M. o. u. c. 8 : 1 (5 : 0—3 : 1). Wegen ungünstiger Eisverhältnisse konnte nur 2x20 Minuten gespielt werden. Die Slavia erzielte ihre Goals durch Sroubel (4), Wilde (3) und Jirka (1). Für die Umhüer schoß Kunz.

Kommende Prager Meisterschaften Sonntag: D. F. C. gegen Deutsche Sportbrüder (Meisterschaft), A. C. Sparta gegen Guts Muth Dresden, Slavia gegen Viktoria Zikow.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert, Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postparaffa Nr. 137.063

1001

Inserieren bringt Erfolg!



Tragen Sie nur Beryon Gummiböckelchen u. Sohlen Sie schützen vor Nässe Kälte u. Ermüdung.

LEDERTEUERUNG bedingt ein Steigen der SCHUHPREISE.

Decket Eueren Frühjahrsbedarf noch zu billigen Preisen, so lange unser Vorrat an billig eingekauften Schuhen reicht.

Erstklassige Qualitätsschuhe von Kč 75.— aufw.

„BRUNA“ PRAG II., WENZELSPLATZ 25 (Palais General) und in allen Filialen.